

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 2.00, monatlich 70 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 173.

Sonntag, den 28. Juli 1906.

13. Jahrg.

Wichtigste Beilage.

Religion ist Privatsache.

Bei den Wahlkämpfen, und speziell bei den letzten, spielte die Stellung der Sozialdemokratie zur Religion eine große Rolle in der Hand der bürgerlichen Parteien. Natürlich nicht, weil die Religionsfrage von der Sozialdemokratie aufgeworfen wird, nein, sie bleibt ihrem Grundsatz treu, wonach politische und wirtschaftliche Kämpfe mit der Religion nichts zu tun haben. Aber gerade das ärgert die Gegner und vor allen Dingen die Vertreter der christlichen Parteien fragen stets wie das Gerede im „Faust“: „Wie hältst Du es mit der Religion?“ Auch die Nationalliberalen und Freisinnigen lassen sich im Wahlkampf diese Frage gern gefallen, um dann im Brusttone der Überzeugung betonen zu können, daß die „Religion“ dem Volke erhalten werden müsse, wenn sie selbst auch keinen anderen Gott als ihren Geldschrank und keine andere Kirche als die Börse anerkennen!

Die Vertreter des Christentums wettern dabei besonders über Punkt 6 des sozialdemokratischen Parteiprogramms, welcher die Erklärung der Religion zur Privatsache und die Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken fordert.

Auf zweierlei Weise wird dieser Programmsatz bekämpft. Die einen sagen, mit der Verwirklichung desselben werde die Kirche vernichtet, ja die ganze Religion ausgetilgt, die anderen dagegen schämen sich, eine derartige Unvernunft in die Welt zu setzen; sie wissen grundsätzlich nichts gegen die Forderung zu sagen und behaupten nur, sie sei von den Sozialdemokraten nicht ernst gemeint, sei nur Bauernfängererei.

Dabei haben die sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage stets entsprechend ihrer Programmforderung gehandelt, ganz gleich, ob die Partei Nutzen oder Schaden dabei hatte. Das beste Beispiel hierfür ist die Stellung der Sozialdemokraten zum Jesuitengesetz. Bei Begründung seines Votrages auf Aufhebung des Gesetzes hat das Zentrum stets mit besonderer Betonung hervorgehoben, daß man die Jesuiten auch aus dem Grunde ins Land hereinlassen solle, weil sie in wirksamer Weise die Sozialdemokratie bekämpfen würden. Die Sozialdemokraten aber sagten, es ist ganz gleich, ob sie das wollen oder nicht, wir bleiben unserem Grundsatz treu, wir sind gegen Ausnahmegesetze, auch wenn diese sich richten gegen einen Gegner, über dessen Gewissenlosigkeit die Geschichte Bücher zu erzählen weiß. Die Sozialdemokratie fordert eben auch auf dem Gebiete der Religion das, was sie auf allen anderen Gebieten des öffentlichen Lebens verlangt: Freies und gleiches Recht für jedermann.

Die Kirche weiß der Sozialdemokratie für diese ihre Haltung keinen Dank. Geschickelte und Geschorene, Vertreter der katholischen wie der protestantischen Kirche domieren von der Kanzel herab wilde Anklagereden gegen die „Feinde der Religion“, die „Aufheber des Volkes“. Wie stellen sich diese „Aufheber“ aber zur Religion? Sie treten ein für die vollkommene Freiheit der Religion, für die Loslösung der Kirche vom Staate. Der Staat soll die Religionsgesellschaften weder mit Zuckerbrot füttern, noch aber auch mit der Peitsche behandeln dürfen.

Der Staat verlangt, daß sich die Vertreter der Religion in den Dienst seiner Ordnung stellen sollen. Wie reichlich haben sie diesen Wunsch erfüllt! Was haben sie aus dem Christentum, der Religion der Mitleidigen und Beladenen gemacht? Was denken die Herren Selbstläre über das Gebot: „Du sollst nicht töten!“? Wie verhalten sich Pfarrer und Pastoren zu den bedrückten Massen, obwohl für sie die Lehre gilt, daß ein Kameel eher durch ein Nadelöhr gehe, als daß ein Reicher ins Himmelreich komme? Wie stimmen sie in den gesetzgebenden Körperschaften, wenn es gilt, die Meinungsfreiheit zu unterdrücken, oder den Armen ihr Brot zu verteuern?

Die Kirche wiederum verlangt, daß sich der Staat in ihre Dienste stellen soll. Und wie hat der Staat diese Forderung der Kirche erfüllt? Er verwehrt jenen, die ihre von der christlichen Lehre abweichende Überzeugung zu bekennen wagen, den Eintritt in Staatsämter. Er beschützt die Rechte und Einrichtungen der Kirche vor dem freien Worte durch besondere gesetzliche Bestimmungen. Er nimmt die Steuergebelde seiner Angehörigen, ohne Unterchied des Glaubens, um einen Teil davon der Kirche zu geben.

Geraten aber die verschiedenen Kirchen untereinander in Fehde, wie verhalten sich dann ihre Vertreter gegenseitig! Und kommt es, wie so oft in der Weltgeschichte, zum Kampf zwischen Kirche und Staat, mit welchen Mitteln wird da nicht von beiden Seiten gekämpft! Die Geschichte dieser Kämpfe ist mit Brand und Mord erfüllt, mit Folter und Inquisition, mit Papstverträgen und Canossajagen.

Aber schicklich steigt über diese höchst unchristlichen Verirrungen, über Leidenschaft und brutale Gewalt, die Vernunft und die Stillhaltung. Die höchste Entwicklung zur

Freiheit des Glaubens, die einzige Möglichkeit zur Entfaltung vollkommener Menschlichkeit in der Religion bietet das, was in unserem sozialdemokratischen Parteiprogramm gefordert wird.

Und darum Räuber und Mörder!
Soll die Religion kein Herrbild sein, so darf sie nichts anderes sein als Sache der freiesten Überzeugung. Wo der Zwang anfängt, hört der Glaube auf. Wenn jemand nicht glauben kann, mag das dem Gläubigen als eine behauerntwerte Beirung erscheinen, und dieser Gläubige hat das Recht, den „Vertreter“ durch Auspruch auf den Weg zu leiten, der ihm der richtige dünkt. Aber jede Religion wird geschändet, wenn ihre Anhänger durch Anbrogung von weltlichen Nachteilen sich Genossen zu erpressen suchen. Jede Religion wird geschändet durch scheinheilige Gläubige, die im Erkenntnis einer bestimmten Religion ihren irdischen Vorteil suchen. Jede Religion wird geschändet durch Selbstwendungen, die der Steuererzator einem Ahabers gesinntem oder einem Ungläubigen entrispen hat! Welcher eheliche Priester welcher Kirche immer wagte es, dieser Wahrheit zu widersprechen.

Ober vielleicht — befürchten die Vertreter der bestehenden Kirchen, daß ihre Einrichtungen und Lehren das grelle Licht der freien Erörterung nicht vertragen? Befürchten sie, daß ihre Kirchen leer bleiben, wenn kein Mensch mehr gezwungen ist, sie zu besuchen? Daß ihre Geldmittel knapp würden, wenn sie auf die freiwilligen Spenden ihrer Anhänger allein angewiesen wären? Tun sie das, dann üben sie selbst Verrat an ihren Lehren, dann sind sie selbst Ungläubige und Scheinheilige, dann sind sie keine Priester, sondern Pfaffen. Ein wirklich religiöser Mensch, der von der Sieghaftigkeit seiner Lehre und der Gütlichkeit ihrer Herkunft überzeugt ist, braucht keine Gendarmen und keine Strafrichter, keine Staatsanwälte und keine Exekutoren. Ein wirklich religiöser Mensch muß den Zustand, den die Sozialdemokratie anstrebt, als den einzig wünschenswerten anerkennen. Nur das Scheinchristentum und Geschäftspaffen-tum findet keine Rechnung dabei nicht.

So bewährt sich die Sozialdemokratie als Befreierin auch auf kirchlichem Gebiete. Aus einer scheinreligiösen Zwangsgemeinschaft, die den Interessen der herrschenden Gewalt dienen muß will sie die Kirche zu einer freien Gemeinschaft gleichgestimmter Menschen machen, die zwar kein Mittel bedient, über die aber auch kein Mittel Gewalt hat.

Was können die Vertreter der herrschenden Kirchen uns vorwerfen? Gewiß, wir lieben unsere Feinde nicht! Aber tun sie es? Wir tun nicht wohl denen, die uns hassen! Aber tun sie es? Wir verzichten nicht der künftigen himmlischen Glückseligkeit willen auf den Genuß irdischer Güter! Wir verdammen die Reichen nicht ihres Reichthums willen! Wir erwarten von ihrer Warmherzigkeit nicht, daß sie den Armen ihr Letztes geben sollen! Aber tun sie es? Tun sie es? Nur vor der herrschenden Gewalt wollen wir uns nicht beugen, nur Armut, Elend und Unterdrückung wollen wir nicht dulden, und das ist das einzige, was wir tun und sie nicht. Dem tödlichen Haß, mit dem die meisten von ihnen uns begegnen, setzen wir in eigener Selbstbeherrschung jene Grundzüge der vollkommensten Freiheit und der unbeugsamen Gerechtigkeit entgegen, die in unserem Programm niedergelegt sind. Wir zwingen keinen, zu glauben, wir raten auch keinem dazu, aber wir hindern auch niemand daran! Aus unserer eigenen Geschichte wissen wir genau, wie wenig plumpe Gewalt gegen die Überzeugung zu wirken vermag. Und so mag es denn immer der freien Entscheidung jedes einzelnen überlassen bleiben, was er glauben und ob er in die Kirche gehen will.

Was wir von dem Menschen verlangen, daß er nicht glauben soll, das sind die Lügen über den Punkt 6 des sozialdemokratischen Parteiprogramms.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Vom Kolonial-Anglisten. In einem Privatbrief des Abgeordneten Erzberger, den die „Konstanzer Nachrichten“ zur Abwehr der mannigfachen gegen Erzberger gerichteten Angriffe veröffentlichten, kündigt Erzberger neue Enthüllungen an. Er schreibt:

„Daß ich die Schütztruppe je insgesamt beleidigt haben soll, ist eine Unwahrheit; ich habe einen Brief von General v. Trotha, in welchem er mir den Dank für meine Verteidigung der Truppe ausdrückt. Aber das Mißstände eingerissen sind, hat Erbprinz v. Hohenlohe in der Budgetkommission zugegeben; er versprach auch, den Alkoholzoll wieder einzuführen. Gegen die internationale Dirne geht man (ist) mit Ausweisung vor. Daß das Rechnungswesen total zusammengebrochen ist, hat mir selbst Erbprinz Hohenlohe wie Unterstaatssekretär Zwele gesagt. Das ist mir unbegreiflich, wie man etwas unter vier Augen zugibt, was in der Öffentlichkeit bekämpft wird. Nun soll ja ein Strafantrag gestellt

sein; gut, da werde ich als Zeuge einmal gründlich aussprechen und nun auch alles erzählen, was mir mitgeteilt worden ist. Man wird dann schauen, wie es tatsächlich in Südwestafrica aussieht. Was hier an Geld vergeudet worden ist, übersteigt alle Begriffe.“

Wenn Herr Erzberger bekannt ist, daß mit dem Gelde der Steuerzahler in geradezu unverantwortlicher Weise in Südwestafrica gewirtschaftet wurde, dann wäre es schon längst seine Pflicht als Volksvertreter gewesen, die Angelegenheit vor aller Öffentlichkeit zur Sprache zu bringen. Daß er das nicht getan hat, resp. nur dann tun will, wenn man ihn gerichtlich angreift, beweist wiederum die Richtigkeit des bekannten Wortes: Die eine Krähle hadt der anderen die Augen nicht aus!

Wald so, bald so, wie's trifft. Bei der Eröffnung des Kongresses der christlichen Gewerkschaften in Breslau führte der dortige Professor Werner Sombart u. a. aus, „er könne den christlichen Gewerkschaften den Vorwurf nicht ersparen, daß sie in denselben Fehler verfallen seien wie die Sozialdemokraten, indem sie ebenso wie diese sich mit einem Parteimantel umgeben haben. Die Arbeiter Deutschlands sollten sich ein Beispiel an den englischen Arbeitern nehmen, die mit ihren Trades Unions so große Erfolge erzielt haben. Die Arbeiter Deutschlands werden nicht eher wirkliche Erfolge erzielen, ehe sie sich nicht zu Gewerkschaften gebildet haben, die jedes politischen und konfessionellen Charakters entkleidet seien, in denen alle Arbeiter ohne Unterschied der Partei oder Konfession Aufnahme finden.“ Hier also macht Herr Sombart den Klassenbewußten Arbeitern den Vorwurf, daß sie in ihre Gewerkschaften den „politischen Charakter“ hineintragen. Nun trifft es sich recht sonderbar, daß gerade jetzt eine Neu-Auflage des Sombartschen Buches: „Sozialismus und soziale Bewegung“ erschienen ist, in der von demselben Herrn über die Gewerkschaften eine ganz andere Ansicht vertreten wird. Und zwar besagt eine besondere Vorbemerkung, daß gerade dieses Kapitel (das III Kapitel des 2. Abschnitts) neu bearbeitet worden ist zu dem Zweck, die Ansicht des Verfassers gegenüber Angriffen von bürgerlicher Seite ausföhrlich zu begründen. Wie nun das ganze Buch außerordentlich stark mit der Sozialdemokratie liebängelt, so besagt es auch über die Gewerkschaften, knapp gefaßt, dies: jede Arbeiterbewegung, die wirklich etwas für die Arbeiter erreichen will, muß notwendigerweise sozialdemokratisch sein; und wenn sie es nicht von selbst ist, wird sie durch die Logik der Tatsachen dazu gebracht. Insbesondere soll das für die Gewerkschaften und die Genossenschaften gelten. So z. B. schreibt Sombart auf S. 189:

„Es war früher, namentlich in bürgerlichen Kreisen, aber auch hier und da in sozialistischen... die Auffassung verbreitet, daß eine sozialistische und eine gewerkschaftliche genossenschaftliche Arbeiterbewegung sich ausschließende Gegensätze seien. Insbesondere glaubten (und glauben) bürgerliche Sozialpolitiker, den „Sozialismus“ durch eine Förderung der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen bekämpfen zu können, was die Abneigung vieler Sozialisten gegen diese Formen des sozialen Kampfes verstärkte. Diese Auffassung ist irrtümlich: die beiden Formen der Bewegung schließen sich nicht aus, sondern ergänzen einander.“

Und auf Seite 191:
„Es ist ganz in meinem Sinne gesprochen (vergleiche mein „Dennoch“), wenn ein neuer französischer Schriftsteller (Halévy), der sich als guter Kenner der sozialen Bewegung ausweist, das Verhältnis zwischen Sozialismus und Gewerkschaftsbewegung wie folgt kennzeichnet: „Die Gewerkschaft ist die Elementarschule des Sozialismus. Die Gewerkschaft führt dem Sozialismus die gewähigten Arbeiter zu und bringt die Sozialisten zur Mäßigung oder, besser ausgedrückt, zum Nachdenken...“

Am schlagendsten aber kommt der Widerspruch zu der neuesten Breslauer Rede des Professors auf S. 206 zum Ausdruck, wo es heißt:

„Und was das besonders Charakteristische ist: die gewerkschaftliche Organisation (nur von Deutschland ist hier die Rede) hat auch unter den nichtsozialistischen Arbeitern rasche Fortschritte gemacht und trägt dazu bei, auch bei diesen Elementen des Proletariats, die noch von bürgerlichen Parteien im Schlepptau gehalten werden, das Klassenbewußtsein zu wecken. Denn wenn die „christlichen“ und „liberalen“ Gewerkschaften ursprünglich auch gegründet sein mögen in der Absicht, den „sozialen Frieden“, den „Ausgleich der Klassengegensätze“ zu fördern, so zwingen ihnen die Tatsachen immer mehr und mehr eine proletarische Kampfespolitik auf, wie sie die sogenannten „freien“ Gewerkschaften oder vielmehr jede gewerkschaftliche Organisation, die diesen

Namen verdient, von jeder betriebe haben.

Wer wird also klar und deutlich die Ansicht verfolgen, jede Arbeiterbewegung müsse von sozialistischem Geiste durchdringt sein. Und man darf auch nicht etwa glauben, daß dies ohne Vorzicht geschieht, daß etwa Sombart Schlussfolgerungen vorträgt, deren Tragweite ihm selbst noch nicht zum klaren Bewußtsein gekommen sei. Zu Beginn des Artikels (S. 149) lenkt er nämlich die der seinen entgegengetretene Ansicht, die er durch seine Darlegungen bekämpfen will. Es ist das eine Ausrufung des Prof. Dr. Sombart, die Sombart als Ausdruck der „bürgerlichen gemeinen Meinung“ auffaßt und die folgt lautet:

„Es ist grundsätzlich, wie von Sombart und anderen vertreten wird, daß eine jede Arbeiterbewegung, will sie sich gegen die Uebermacht des Kapitalismus wenden, auch sozialistischen Charakter annehmen müsse. Die Tatsachen widersprechen dem auf das Entschiedenste. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika und Australien ist ebenso wie in England eine großartige Arbeiterbewegung vorhanden, die aber in beiden Ländern nicht im geringsten sozialistischer Charakter an sich trägt. Dieser Kampf geht in beiden Ländern auf rein individuellen Boden vor sich, ohne daß irgendwo das Wort hervortritt, die Grundfragen des modernen Staates, des Privatigentums und die privatrechtlichen Probleme anzuführen.“

Demgegenüber unternimmt Sombart eine langwierige Aufzählung von Tatsachen, die den Nachweis erbringen sollen, daß auch in den drei genannten Ländern die Arbeiterbewegung, zwar nicht dem Worte, aber der Tat nach, immer mehr und mehr sozialdemokratisch geworden ist und es täglich noch mehr wird, indem sie gerade das Privatigentum und die privatwirtschaftliche Produktion immer energischer antastet und auf deren Verdrängung durch die gesellschaftliche Produktion hinarbeitet. Ob dieser Nachweis gegliedert ist, braucht uns hier nicht zu interessieren. Wie aber derselbe Mann dann hinterher die Durchbringung der Gewerkschaftsbewegung mit bewußt sozialdemokratischer Anschauung als verwirklicht bezeichnen kann, das versteht, wer kann!

Von einer afrikanischen Kolonialarmee, die bekanntlich auch der Generalstab fordert, will die „Germania“ nichts wissen. Sie meint: „Wenn etwa mit dem selbständigen Reichskolonialamt gleichzeitig eine selbständige Kolonialarmee kommen sollte, so können die Willen im Reichstage leicht abermals „Schiffer und Kahn“ verschlingen. Im vorigen Winter habe die Regierung gegenüber der Forderung auf Ausdehnung der weißen Schutztruppe für Ostafrika ein einstimmiges Nein! erhalten. Der Hinweis auf England und Frankreich sei nicht ausschlaggebend, denn wir hätten nur eine einzige Kolonie (Südwesafrika), wo weiße deutsche Truppen in geschlossener Reihe stehen könnten. Wenn man trotz der anders liegenden Verhältnisse auf England und Frankreich hinweise, dann mache man auch die Kostenrechnung auf. Dann könnten die deutschen Völk die Augen übergehen! Die französische Kolonialarmee koste nahezu 100 Millionen Franken gleich 80 Millionen Mark. Auch scheint der „Germania“ der Schaffung einer Kolonialarmee der Artikel 63 der Reichsverfassung im Wege zu stehen, wonach die gesamte Landmacht des Reiches ein einheitliches Heer bildet, das im Krieg und Frieden unter dem Befehl des Kaisers steht. Bei der Kolonialarmee handle es sich um ein jener „Schlagwörter“, an denen die Kolonialpolitik ebenso reich sei, wie sie an Erfolgen arm sich darstelle. Der deutsche Reichstag dürste sehr wenig Laß zeigen, sich für solche Ideen zu begeistern und dafür noch Geld zu bewilligen. Der Schutz des heimischen Heerdes koste uns genug Geld. Trotz dieser vernünftigen Darstellung ist das Zentrumblatt aber doch — gewohnheitsgemäß — zum Entgegenkommen bereit. Es würde nichts dagegen einzuwenden haben, wenn im Rahmen der gegenwärtigen Präsenzstärke ein oder zwei Regimenter für den Kolonialdienst ausgestellt werden. Diese Regimenter müßten auf dem Wege freiwilliger Werbung rekrutiert werden. Der Soldat, der in diese Regimenter eintritt, leistet hier seiner gesetzlichen Dienstzeit Genüge. Mit dem freiwilligen Eintritt ist aber die Verpflichtung verknüpft, wenn innerhalb dieser drei Jahre sich die Notwendigkeit ergibt, in eine Kolonie geschickt zu werden, daß dann sofort Folge geleistet wird. Auf diese Weise erhält man einige Reiterregimenter, die den Anforderungen eines Kolonialkrieges, soweit man sie hier in Deutschland vorbereiten kann, gewachsen sind; man hat sofort eine selbständige Truppe, und sollte eine Verstärkung notwendig werden, so müßte diese eben durch Freiwillige erfolgen.“ — Würde diesem Wunsche des Zentrumblattes entsprochen, dann wäre in der Tat der erste Anfang zu einer Kolonialarmee gemacht. Wer diese also nicht will, der muß auch den vorstehend skizzierten Vorschlag ablehnen.

Der fittlich entrüstete Reichsverband. Der durch die „Vorwärts“-Wachstumsfragen blamierte und schwer geärgerte Reichsverband läßt folgende Erklärung los: „Durch einen groben Versehen sind dem „Vorwärts“ eine Reihe Briefe an den Reichsverband bzw. vom Reichsverband an seine Mitglieder zum Abdruck zur Verfügung gestellt worden. Dadurch, daß nicht die auf der Schreibmaschine hergestellten Originalbriefe, sondern nur deren Durchschläge mit allen vom Schreiber gemachten Fehlern abgedruckt worden sind, konnte dieser Schreiber leicht als der Verfasser festgestellt werden, der heute folgenden Verstandes ablegte:

Ich, Oskar Hellmann, seit 1. Februar 1906 Kanzleibeamter des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, erkläre hiermit, daß ich von verschiedenen, an den Reichsverband gerichteten und von der Geschäftsstelle des Reichsverbandes an Mitglieder des Reichsverbandes geschickten Schreiben Durchschläge angefertigt und diese durch Vermittlung des Redakteurs R. Fischer der Redaktion des „Vorwärts“ überliefert habe. Ebenso habe ich die Flugblätter des Reichsverbandes und gelegentlich verschiedene Nummern der „Korrespondenz“ des Reichsverbandes der Redaktion des „Vorwärts“ überantwortet.

Ich gebe diese Erklärung ab, um von allen übrigen Beamten des Reichsverbandes jeden Verdacht, daß sie sich einer ähnlichen Handlungsweise schuldig gemacht haben, abzuwälzen. Herr Redakteur R. Fischer hat mir erklärt, daß man sich dafür keineswegs zeigen

würde. Ich habe es jedoch abgelehnt, personale Vorwürfe anzunehmen. (?) Als ich Herrn Fischer erklärte, daß ich es nunmehr für richtig halte, aus meiner Tätigkeit im Reichsverband auszusteigen, gab mir Herr R. Fischer den Rat, noch einige Zeit beim Reichsverband zu bleiben. (1) Nach dem im „Vorwärts“ abgedruckten Briefen habe ich nur noch einige wenige Briefe aus der Zeit des Wachstums in Darmstadt durchgeschlagen und dem „Vorwärts“ überliefert.

Berlin, den 23. Juli 1906

Oskar Hellmann.

(Folgt Siegel und notarielles Verbandszeugnis)

Nicht unweigerlich mag ich Ihnen, daß der genannte Spitzbürger „Genoss.“ Fischer ebenfalls ist mit dem sozialdemokratischen Reichsverband verbunden und Vize der „Vorwärts“-Wachstumsfragen, Verlagsanstalt Paul Siegel u. Co., Darmstadt. Da der p. Hellmann seine Stellung beim Reichsverband zum 1. August gekündigt hatte, um angeblich nach Amerika auszuwandern, was man so leichtglaubig und der Gutmütigkeit der „Genossen“ Richter, einem Freund des Hellmann, als Entschuldigend anzuhören.

Darauf erklärt Herr R. Fischer: „Ich habe die Sache zum Besten der Sache betrachtet, so hat es sich ergeben. Der Mann war ein sehr feiner, für Partei wurde Material des Reichsverbandes zur Verfügung zu stellen; er hat das aus Parteilichkeit, kann ich es aber zurückweisen. Ich erkläre auf eine Stellung in der Partei zu stehen. Ich habe ihn keinen Zweifel, daß diese Erklärung sich zum erfüllen dürfte, erklärte gleichzeitig, daß die Partei zu seinem Material kein Interesse habe, vielmehr aber ein Interesse sei, und ich erklärte mich bereit, ihn mit einem solchen Journalisten in Verbindung zu bringen.“

Das ist meine ganze Tätigkeit als Mittelsperson. Es ist ferner von ihm erlösen, daß ich ihn aufgefördert habe, noch einige Zeit beim Reichsverband zu bleiben.

Die Sache ist einfach: Eines Morgens kam der Mann zu mir und erklärte, die grobe Behandlung im Bureau des Reichsverbandes verbitte ihm ein ferneres Verbleiben daselbst. Auf meine Frage, wieso und warum, zeigte er mir eine Karte seines Bureauchefs, in der er unter der Drohung der Entlassung zum sofortigen Erscheinen im Bureau aufgefordert wurde. Als ich den Anlaß hierzu erfahre (Weglassen ohne Entschuldigung in Folge „Erkältung“) erklärte ich ihm ungeschminkt, daß die Auffassung seines Bureauchefs berechtigt sei, er hätte mindestens in einer Karte sein Nichterscheinen ankündigen müssen; wenn er also sonst keinen Grund hätte, zu gehen, diese Karte sei kein Anlaß. Seitdem habe ich von dem Manne nichts mehr gesehen und gehört, außer der auffälligen Tatsache, daß er von dem Journalisten eine Diktung über die an diesen gelieferten Abschriften verlargt hatte!

Berlin, 24. Juli 1906.

Richard Fischer.

Die fagenhafte „liberale Einigung“, um Verrentwillen schon so viele Tote verschrieben und so viel Bruderblut unruhig vergossen worden ist, will immer noch nicht kommen. Besonders sind diejenigen bei der Sache die Blamierten, welche die Verwirklichung der „Einigkeit“ unter Einfluß der Nationalliberalen erträumen. Das ist an sich ein Unfug, weil ja die Nationalliberalen längst nicht mehr liberal sind, selbst nicht einmal im verächtlichsten Begriff des Wortes. Obwohl die Nationalliberalen sich noch immer krampfhaft an den schönen Namen festklammern, sind ihre Taten doch in erster Linie darauf gerichtet, den anderen liberalen Fraktionen Mandate abzugeben. Eben sind sie damit in Altona-Nerlosch und Hagen-Schmied gründlich herabgefallen. Das hindert sie aber nicht, weitere Versuche ähnlicher Art zu unternehmen. So läßt sich die „Nationalität“, aus dem Kreise „Walderbrunn“ mitteilen, daß die dortigen Nationalliberalen beschlossen hätten, bei der nächsten Wahl einen eigenen Kandidaten aufzustellen. Es wird dazu erklärt: „Der Wahlkreis war von der Gründung des Reiches bis zum Jahre 1895 ununterbrochen in nationalliberalem Besitz. Damals unterlag bei einer Nachwahl der langjährige verdiente Abgeordnete Dr. Böttcher einem agrarisch-antisemitischen Gegner. Bei den letzten Hauptwahlen gelang es dann dem sozialliberalen Dr. Potthoff, den Antisemiten mit ganz geringer Majorität zu verdrängen. Die vereinigte Rechte hat für 1908 bekanntlich bereits einen Kandidaten in der Person des Oberlandesgerichtsrats Freiherrn von Richtigshofen-Jena aufgestellt, eines Sohnes des verstorbenen Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes. Nach den Ergebnissen der letzten Wahl erscheint es als sicher, daß Freiherr von Richtigshofen in die Stichwahl kommen wird. Für unsere politische Freunde kommt daher alles darauf an, den Sozialdemokraten zu überflügeln. Daß der seitherige Kandidat bei Aufstellung einer nationalliberalen Kandidatur 1908 wieder in den Reichstag zurückkehren wird, erscheint jedenfalls völlig ausgeschlossen.“ — Der Wahlkreis gibt klares Zeugnis vom Niedergang des Nationalliberalismus. 1893 siegte der Nationalliberale Böttcher noch mit 4061 Stimmen im ersten Wahlgange, 1895 brachte er es nur auf 2498 Stimmen und unterlag in der Stichwahl dem Antisemiten. 1898 gingen die nationalliberalen Stimmen auf 1458 zurück und 1903 stellten sie überhaupt keinen Kandidaten mehr auf. Potthoff siegte in der Stichwahl. Aber das ist eine Spielart des Liberalismus, die den Nationalliberalen besonders verhaßt ist. Um ihn zu verdrängen, wollen die Nationalliberalen einen eigenen Kandidaten aufstellen, was veranlaßt zur Folge hätte, daß wieder ein Antisemit gewählt würde. Der erscheint also dem Nationalliberalen als das „kleinere Übel“ gegenüber dem weiter links stehenden Liberalen. Das sind hübsche Aussichten für die „liberale Einigung“.

Ausführungen im Reichstage. Anlässlich der von uns mehrfach besprochenen Kolonialmandate wurde der Zentrumskandidat Erzberger vom Untersuchungsrichter als Zeuge vernommen, außerdem fand in seinem Arbeitszimmer im Reichstagegebäude eine Hausdurchsuchung statt, die Herr Erzberger selbst im „Deutschen Volksblatt“ folgendermaßen bezeugt: „Danach wurde der Abgeordnete Erzberger als Zeuge vorgeladen. Er fragte sofort, ob er auch über das vernommen werde, was es als Abgeordneter

erfahren habe. Der Untersuchungsrichter bejahte dies und wies sich auf die Zeugenschaft hin. Im Hinblick auf die Vernehmung forderte der Untersuchungsrichter, daß die Zeugenräume des genannten Abgeordneten im Reichstage bezugslos blieben; der Abgeordnete Erzberger sagte, er habe nichts dagegen. Sozialisten aber waren dort bereits Polizeibeamte eingetroffen, und diesen hat der Reichstagsdirektor den Zutritt verweigert: er wollte auch dem Untersuchungsrichter den Schlüssel nicht anvertrauen; dieser erklärte, er werde sich nicht in seiner nicht über Unabhängigkeit einlassen; wo das Gesetz sei, das das Reichstagegebäude vor einer Durchsuchung schütze. Der Direktor des Reichstages wies auf eine Zusage des Staatssekretärs des Innern hin, die der Untersuchungsrichter als für ihn bestehend nicht anerkannte. Der Abgeordnete Erzberger erklärte nun, er wolle keine Mängel präventiv dem Untersuchungsrichter zeigen; selbstverständlich dürfe niemand seine Konsequenz für den Reichstag und die Zukunft gezogen werden. Danach schloß sich die Besichtigung der Räume, die ohne jenes Resultat verlief. Demgegenüber bezeugte Abgeordneter Erzberger, daß der Reichstagsdirektor dem Schlüssel in der Privatwohnung. Der Untersuchungsrichter erklärte zuvor auf das Befragen, daß er das Recht der Hausdurchsuchung habe und dies auch gegenüber einem Abgeordneten mit Hilfe der Polizei unternehmen könne; es handle sich nicht um die Frage der Zulassung. Selbstverständlich habe er nicht diesen Recht, wenn der betreffende Abgeordnete sich unter Vorbehalt gegen die Besichtigung erkläre, was bei den Abgeordneten Erzberger nicht zutrifft. So der wahre Sachverhalt.“ — Durch das Vorgehen des Untersuchungsrichters, das Herr Erzberger leider zugeht, ist das Recht des Reichstages und die Integrität der Abgeordneten in der größtmöglichen Weise verletzt worden. Öffentlich besitzt der Reichstag Energie genug, um die Wiederkehr solcher Vorgänge ein für allemal unmöglich zu machen, sonst erleben wir es eines schönen Tages, daß ein Reichstagsabgeordneter in Zeugniszwanghaft geführt wird.

Gute Patrioten. Wilhelm II. erbielt von einigen Deutschen folgendes Telegramm aus Südwesafrika: „Eure Majestät gestatten sich bei aus Anlaß der Ablehnung des Eisenbahnbau zusammengekommenen Einwohner von Reetmannshoop e h r z u h d b o l l zu huldigen und auch weiterhin um Eure Majestät gräßigen Schutz für den großen Süden des Schutzgebietes zu bitten.“

Wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ mitteilt, hat Wilhelm II. daraufhin dem Gouverneur aus Wolde folgendes Antworttelegramm zugehen lassen:

„Ich beantrage Sie, der deutschen Bevölkerung des Südens für die Huldigung patriotischer Gesinnung meinen kaiserlichen Dank auszusprechen und hinzuzufügen, daß ich der Wohlfahrt und den Interessen seiner Bewohner auch fernverhin meine Fürsorge widmen werde.“

Wilhelm I. R.

Als vor Jahren der Reichstag aus der Flotten-Vorlage einige Millionen gestrichen hatte, nannte Wilhelm II. die Ueberflottenjähre — Zentrum, Freisinnige, Volksparteiler und Sozialdemokraten — „vaterlandlose Gesellen“. Diesmal drückt sich das Telegramm weiserlich reservierter aus.

Ein „freigelegtes“ Gesecht. Die deutschen Schutztruppen in Deutsch-Südwesafrika hatten am 20., 21. und 23. Juli verschiedene erfolgreiche Gesechte mit den Aufständischen. Natürlich mußten dabei 3 Deutsche ihr Leben lassen, während eine ganze Reihe schwer oder leicht verwundet wurden.

Rußland.

Vom Tage. Die Jarenberger arbeiten „prompt“. Seit 3 Tagen sind in Petersburg 250 Verhaftungen vorgenommen worden. Unter den Verhafteten befindet sich das gesamte sozialrevolutionäre Zentralkomitee.

Aus Moskau wird offiziell gemeldet: die hier vorgenommenen Verhaftungen erwiesen sich als eine Folge der Beschlagnahme von Dokumenten bei der Schließung des Petersburgers Sozialistenblattes „Nebel“ und bei der Hausdurchsuchung bei dessen Redakteur, dem ehemaligen Dumaabgeordneten Solomko. Die Behörden sind fest überzeugt, daß revolutionäre Ausbrüche nunmehr für lange Zeit unmöglich seien. — Die Behörden werden sich wohl täuschen!

Am meisten gefürchtet wird der Generalfreie. Deshalb sind die D. F. J. emsig bemüht, denselben als unwirksam und unwahrscheinlich hinzustellen. Danach erklären sich Nachrichten wie diese aus Moskau: Eine Konferenz von Angehörigen der rechten Partei sprach sich gegen den Streik aus. In Moskau wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Es verlautet, die revolutionäre Organisation sei vollständig vernichtet. Die Führer der Organisation im Heere sind verhaftet. Eine Werkstätte, in der Bomben hergestellt wurden, ist entleert worden. — Vom Streikkomitee der Eisenbahnen des Petersburgers Bezirks erfährt der Korrespondent der „Vossischen Zeitung“, daß beschlossen wurde, vorläufig alle Streikflügel zu unterdrücken, so lange kein allrussischer Generalfreie proklamiert worden sei. Ein solcher sei zwar nicht unmöglich, jedoch siehe ein Beschluß, ob und eventuell wann er ausbrechen solle, noch aus, was gegenüber anderslautenden Meldungen ausdrücklich konstatiert wird.

Sechs gewählte Reichsratsmitglieder, unter ihnen vier Vertreter der Wissenschaft, legten ihre Mandate nieder.

Das Ministerium läßt offiziell mitteilen: Die Regierung scheint die heimkehrenden ehemaligen Dumaabgeordneten in keiner Weise verfolgen zu wollen. Die Moskauer Behörden sind verständigt, daß irgend welche Repressivmaßnahmen nicht wünschenswert seien, nur solle verhindert werden, daß ehemalige Dumaabgeordnete in Versammlungen ihrer Wähler über die Tätigkeit der Duma berichten. Es sei jedoch voranzusehen, daß sie letztere nicht anterslassen werden.

Die „Radetten“ wissen offenbar nicht recht, was sie demgegenüber tun sollen. Vorgefunden hielten 100 Mitglieder der Radettenpartei eine Beratung in dem finnländischen Badeort Terijoki ab, in der Beschluß gefaßt wurde über dem Rechenschaftsbericht der Abgeordneten an ihre Wähler. Die Versammlung sprach sich gegen die revolutionäre Bewegung aus, jedoch für die Durchführung der in Moskau gefaßten Beschlüsse, und betonte die Notwendigkeit

sofortiger Maßnahmen, um der Partei in der neuen Dura möglichst viel Siege zu sichern. — Die Herren schienen also zu glauben, Nikolaus meine ich, Belpresen einzu und werde eine neue Dura wählen lassen.

Zwischen den Reichsstationen C i s t h o n und D w e d t ist die Personenzug durch 40 bewaffnete Revolutionäre (?) überfallen worden. Der Zug wurde gestoppt, und die Passagiere wurden zum Absteigen gezwungen. Die Passagiere wurden zum Absteigen gezwungen. Die Passagiere wurden zum Absteigen gezwungen.

Schweiz.

Die Herrschaft des weißen Schnees. In der Schweiz herrscht eine Belagerungszustand. In den Schneesäulen ist das Licht erloschen, und von 3-11 in 3-11 werden die Straßen, die vor Langen Jahren unbesetzt waren, durch die Schneehäuser wieder besetzt. Die Schneehäuser sind besetzt, und die Schneehäuser sind besetzt.

Vereinigte Staaten.

Für die nächsten Wahlen hat die sozialistische Partei einige interessante Kandidatenkommissionen vorgenommen. Upton Sinclair, der Verfasser des Romans „The Jungle“, ist für den Kongress als Kandidat aufgestellt worden. Die Partei in New Jersey hat Sinclair um seine Zustimmung gebeten, und er erklärte sich bereit, zu kandidieren. In Colorado hat die Partei den Sekretär des Bergarbeiterverbandes, Haywood, als Staatsgouverneurkandidat nominiert. Haywood sitzt im Untersuchungsgefängnis, angeklagt der Teilnahme an der Ermordung des Gouverneurs Struensee von Idaho. Die Partei erhebt mit seiner Nominierung Protest gegen die Verschönerung der Kapitalisten, die Haywood und die anderen Beamten des Bergarbeiterverbandes ihrer Rechte zum Opfer bringen wollen. Die New-Yorker „Volkzeitung“ nennt diese Nominierung „einen Meisterstreich“ der Genossen in Colorado, wenn auch keine Aussicht sei, daß Haywood gewählt werden könne. Im Jahre 1904 erhielt Debs (als Präbidentkandidat der Sozialisten) in Colorado 4304 und Floaten als Gouverneurskandidat nur 2614 Stimmen bei einem Gesamtstimmzettel im Staate von etwa 240 000 Stimmen! Damals stimmten die Arbeiter in Massen für den Demokraten, um den berüchtigten Arbeiterfeind Peabody zu stützen. Für den bekannten Gewerkschaftsführer Haywood dürfte immerhin eine stattliche Stimmzahl zu erwarten sein.

Lübeck und Nachbargebiete.

Freitag, den 27. Juli.

Zuzug von Holzarbeitern aller Branchen nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Wegen Massregelung von Verbandsmitgliedern ist der Boykott über die Thüringer Wurstfabrik von Aug Scheere verhängt worden. Arbeiter, denkt daran!

Achtung, Flussschiffer! Ueber den Betrieb von A. Solst Wwe. ist die Sperre verhängt.

Wegen Mißhandlung Untergebener hatte sich der Unteroffizier Radmann gestern abends vor dem Kriegsgericht zu verantworten. Wegen eines gleichen Delikts ist U. erst vor kurzem zu 10 Tagen Mittelarrest verurteilt worden. U. hat den Musketier Krefft mehrfach mit der Hand ins Gesicht geschlagen, wenn beim Appell nicht alles klappte. Ein Zeuge bekundet, daß Krefft fast täglich von Radmann Schläge erhalten habe. U. soll allerdings im Dienste recht nachlässig gewesen sein. Das Gericht verurteilte den „schlagfertigen“ Unteroffizier einschließlich der bereits erlittenen 10-tägigen Strafe zu insgesamt 25 Tagen Mittelarrest. — Man ersieht hieraus, daß Kriegsgerichte auch milde urteilen können; natürlich handelt es sich diesmal nicht um Soldaten, die sich in der Erregung an einem sie „schleissenden“ Vorgesetzten vergangen haben, sondern um einen Unteroffizier, der seine Stellung dazu benutzte, um Untergebene zu mißhandeln.

Kriegsgericht. Der Musketier U. von der 4. Kompagnie des Infanterie-Regiments „Lübeck“ hatte von seinem Leutnant den Befehl erhalten, dem Unteroffizier zu melden, daß er das Unteroffizier-Aufgabenbuch bis abends in der Wohnung des Leutnants abliefern solle. U. wollte den Befehl auch ausführen, traf jedoch einige Zivilisten unterwegs und betraufte sich mit diesen so, daß er aus dem Lokal entfernt werden mußte. Dabei verlor er das Seitengewehr. Ein Sergeant holte dasselbe aus der Wirtschaft und gab es dem Soldaten zurück, nachdem dieser versprochen hatte, ruhig mit zur Kaserne zu kommen. Das ging auch einige Zeit gut, doch bald leistete U. Widerstand und bedrohte den Sergeanten. Mit Hilfe eines hinzukommenden Musketiers gelang es, den Widerspenstigen nach der Kaserne zu bringen. Hier rückte er zwar nochmals aus und legte sich in ein Gebüsch, um zu schlafen, doch wurde er bald gefunden. Vor Gericht gibt U. an, sinnlos betrunken gewesen zu sein und von der ganzen Sache nichts zu wissen. Das Gericht schenkte diesen Angaben Glauben und verurteilte den Angeklagten nur wegen Nichtausführung des Dienstbefehls zu fünf Tagen Arrest. — Der Musketier C. war bei dem Oberleutnant v. A. Bursche und hatte als solcher für den Oberleutnant Einkäufe zu machen. Obwohl er das Geld zum Bezahlen erhielt, ließ er für seinen Herrn ankreiden und verbrauchte das Geld für sich. Auch die Bücher, in welcher er die Ausgaben eintrug, führte er

nicht richtig. Schließlich hat er noch zweimal Geld aus dem Schreibtisch des Oberleutnants entwendet. Der Angeklagte ist im wesentlichen gehändigt. Als Entschädigung für seine Vergehen gibt er an, daß er sich in einer Notlage befand, weil der Oberleutnant ihm sein monatliches Burschengeld nicht regelmäßig gezahlt habe und ihm dasselbe noch für drei Monate schulde. Das Urteil lautete auf sieben Monate Gefängnis und Verweisung in die zweite Klasse des Soldatenstandes. — Beim Frühstück in der Hamburger Jägerkaserne entstand ein kleiner Streit um einen Schmelz. Dabei schlug der Jäger N. dem Jäger M. mit einem Brotmesser auf den Daumen, wodurch eine stark blutende Wunde entstand und die Beweglichkeit des Daumens noch jetzt behindert ist. Wegen dieser Körperverletzung erhielt N. 3 Tage Gefängnis.

Sonne, Mond und Sterne — Ich geh' mit meiner Laterne, dies und andere mehr oder minder schöne Liebeserklängen bereits allabendlich wieder aus Kindermund in den Lammernstunden auf den Straßen, und die glücklichen Gesichter der Jugend beiderlei Geschlechts betrachten ihre leuchtenden Lampen und Laterne. Gemüthlich harmlos Vergnügen; aber beachtet man die Pflicht der Eltern, ihre Kinder nicht zur Nachtzeit zu ermahnen, denn es ist schon häufig vorgekommen, daß die Kinder über die Spüre der Laterne von dem Licht entzündet wurden. Auf diese Weise kann sich das schreckliche Unglück ereignen.

Zur Verpflichtung des Versicherten zur Operation hat das Reichsgericht für den folgenden Entschädigung des Oberlandesgerichts Köln als gerechtfertigt erkannt: Der Versicherte ist nicht verpflichtet, sich einer von der Gesellschaft angeordneten Operation auch dann zu unterziehen, wenn deren Erfolg in einem gewissen Maße unsicher und deren Vorahme nach den besonderen individuellen Umständen mit größeren Gefahren verknüpft ist. Eine Verhinderung des Versicherten, sich operieren zu lassen, ist nur dann begründet, wenn ein vernünftiger Mensch unter Abwägung aller Umstände auch noch durch rechtliche Bindung sich zur Vornahme der Operation entschließen würde. Es muß nämlich nach § 11 der Versicherungsbedingungen der Versicherungsnehmer allen auf Beförderung der Heilung hingehenden Anordnungen der Gesellschaft unbedingt Folge leisten, widrigenfalls nach § 20 dieser Bedingungen jede Entschädigungspflicht der Gesellschaft erlischt. Der Kläger C. hatte sich bei einem Fall eine Verletzung des Steißbeins zugezogen und erhielt deshalb von der Gesellschaft eine vierteljährliche Rente von 56,25 Mk. Durch Operation sollte die Erwerbsverminderung des Klägers gehoben werden. Der Versicherte weigerte sich der Operation, und die Gesellschaft stellte daraufhin die Renterzahlung ein. Auf die Klage des Versicherten verurteilte das Landgericht und Oberlandesgericht Köln die Gesellschaft zur Weiterzahlung unter der oben wiedergegebenen Begründung. — Gegen das Oberlandesgericht hatte die Beklagte Revision eingelegt. Der 2. Zivilsenat des Reichsgerichts erkannte jedoch auf Zurückweisung der Revision. Die Begründung des Reichsgerichts ist trotz der Verwerfung der Revision sehr engberzig. Das Reichsversicherungsamt hat gegenüber diesbezüglichen Reklamen der Berufsvereinigungen noch immer entschieden, daß eine Verpflichtung zur Duldung einer Operation unter keinen Umständen vorliege, selbst dann nicht, wenn durch eine Operation die Erwerbsunfähigkeit und also auch der Rentenanspruch vermindert würde.

Aus dem Gerichtssaal. Der Kaufmann C. aus Braunschweig hatte sich gestern vor der Ferienkammer wegen verführter Erpressung zu verantworten. Der Angeklagte hatte erfahren, daß gegen eine Varietätensängerin ein gerichtliches Verbot geschwebt hatte, das jedoch eingestellt worden war. Er schickte nun an die Sängerin einen Brief, in welchem er derselben mitteilte, daß die Sache wieder aufgenommen werden solle; er könne dies jedoch verhindern, wenn ihm für eine dritte Person, die den Anlaß zur erneuten Untersuchung geben sollte, ein Schweigegeld gefandt würde, und zwar postlagernd unter Chiffrieradresse. Die Sängerin tat jedoch nicht dergleichen, sondern übergab den Brief der Staatsanwaltschaft. Als C. sich später nach dem Postamt begab, um sich das Geld zu holen, wurde er von einem Kriminalbeamten verhaftet. Da der Angeklagte seine Tat aus Not begangen hat, sah das Gericht dieselbe milde an und verurteilte C. zu einem Monat Gefängnis, wovon 14 Tage Untersuchungshaft abgerechnet werden sollen.

Die Hitze und die Arbeitstiere. Der Umstand, daß jetzt täglich Zugtiere, Pferde und Hunde, in den Straßen der Stadt am Hitzschlag erkranken oder gar verenden, sollte dringend zur Mahnung dienen, daß den Tieren in der heißen Jahreszeit eine erhöhte Fürsorge zu teil werde. Vor allem sollte der brennende Durst der Tiere gestillt werden. Eine Erfrischung ist ausgeschlossen, sobald sie in Bewegung bleiben. Man sollte also Pferde und Zughunde, so oft sich dazu unterwegs Gelegenheit bietet, mit kleiner Wassergabe tränken. Daß man die Tiere am Mastort möglichst auf der Schattenseite halten läßt, ist ebenfalls notwendig.

Wilhelm-Theater. Aus der Theaterkassette wird uns geschrieben: Am Sonnabend, den 28. ds. Mts., findet zum Benefiz für Fr. J. Anna Wenzel Sudermanns Komödie „Die Schmetterlingsflucht“ statt. Fr. Wenzel hat ihrer erfolgreichen Tätigkeit in Lübeck in diesem Winter ein glänzendes Engagement an das neu-erbauten deutsche Theater in Philadelphia zu verdanken. — Am Sonntag, den 29. Juli, geht die Posse „Krysis-Byris“ in Szene. Ein vollbesetztes Orchester wird die Begleitung der Posse unter Kapellmeister Jeffels Leitung ausführen. Es sei besonders darauf aufmerksam gemacht, daß Eintrittskarten für die Sonntagsvorstellung bereits in den bekannten Vorverkaufsstellen zu haben sind.

Die Wasserwärme des Krähenteiches betrug gestern 22 Grad.

Straßen Sperre. Wegen Herstellung von Gleisanlagen wird die Strecke der Straße „An der Untertrave“ von den Hubbrüden bis zur Kleinen Altesfähr am Sonntag, den 29. Juli ds. Js. von morgens 2 bis abends 7 Uhr für den Fuhrwerksverkehr gesperrt.

Zu Pauls Universität, Bedergrube, werden die gegenwärtig auftretenden Spezialitäten nur noch bis zum Dienstag verweilen. Die einzelnen Nummern des reichhaltigen Programms finden allabendlich den reichen Beifall des Publikums. Wer sich diese Serie noch ansehen will, muß sich also beeilen.

Meisdorf a. O. Achtung, baugewerbliche Arbeiter! Ueber das Geschäft von Gardt ist die Sperre verhängt.

Erbschaftssteueramt. Nachdem mit dem 1. Juli das Reichs-Erbschaftssteuergesetz vom 3. Juni d. J. in Kraft getreten ist, werden die Erbschaftssteuerämter für die seit dem 1. Juli d. J. eingetretenen Steuerfälle nicht mehr von der Regierung, sondern von dem in Gütin eingerichteten Erbschaftssteueramt für das Fürstentum Lübeck wahrgenommen. Eingaben in Erbschaftssteuerfällen sind in den genannten Fällen daher nicht mehr an die Regierung, sondern an das Erbschaftssteueramt in Gütin zu richten. — Die Ortskrankenkasse der Stadt Gütin ohne Statut. Ein Mitglied dieser Kasse erkrankte auswärts und ersuchte den Kassenvorstand um Zustellung eines Statuts, um aus diesem seine Ansprüche im Krankheitsfalle kennen zu lernen. Der Stadtmagistrat Gütin antwortete darauf dem Mitglied kurzweilig: „Ein Statut besteht nicht. Maßgebend für die Verwaltung ist das Krankenversicherungsgesetz.“ Von einem Magistrat, der eine Ortskrankenkasse verwaltet, sollte man aber doch soviel Geheißkenntnis verlangen dürfen, daß er wissen muß, daß nach § 23 des Krankenversicherungsgesetzes für jede Ortskrankenkasse von der Gemeindebehörde nach Anhörung der Beteiligten ein Statut zu errichten ist. Wie wäre es, wenn die Aufsichtsbehörde in einem solchen Falle einmal in das Recht der Selbstverwaltung der Kassen eingreifen würde. Aber es handelt sich eben nicht um einen „sozialdemokratischen“ Kassenvorstand. Wir können den organisierten Arbeitern in Gütin nur raten, vom Stadtmagistrat die Errichtung eines Statuts für die Ortskrankenkasse zu verlangen und ferner, sich um die Verwaltung der Kasse etwas mehr zu kümmern.

Hamburg. Warum die große Michaelisliche abgebrannt ist erfahren wir aus den „Meckl. Nachrichten“. Darin heißt es:

„Das hier die Hand des Allmächtigen sich regte und die gewaltige Stimme aus der Höhe zu der in der Diesseitigkeit verlorenen Menschheit sprach, das scheint man sich wieder unbeachtet zu lassen. Wer die trübseligen Nachrichten im Leben Hamburg kennt, die Stellung des größeren Teils der dortigen Pastoren und vieler Gemeindeglieder zu dem Vorkommnis der Kirche, wird sich doch eines tiefen Eindringens in die göttlichen Absichten, die diesem gewaltigen Ereignis zugrunde liegen, nicht erwehren können.“

„Aho mehr Kirchen und mehr Kirchenbesucher und der Allmächtige wird fernere Kirchenbrände verhindern.“ **Altona.** Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich vorgestern Abend kurz nach 10 Uhr in der Nähe der Eisenbahnstation Bahrenfeld. Bald nachdem der Zug die Station verlassen hatte, fand man auf den Schienen die entsetzlich verstümmelte Leiche des Polthalschoten Pfannmann, der wahrscheinlich auf der Plattform eines Wagens gestanden hat, und von dort zwischen die Schienen abgestürzt ist. Dem B. waren beide Beine und ein Arm völlig vom Körper abgetrennt. In der einen Hand hielt er noch krampfhaft einen Postbeutel. Da man anfänglich glaubte, der Mann lebe noch, wurde die Sanitätskolonne herbeigerufen, die aber nur die Leiche B.'s vorfand, die darauf nach der Leichenhalle gebracht wurde.

Kiel. Ein schweres Sittenverbrechen verübte ein Arbeiter, vermutlich ein Zimmermann, an einem 11-jährigen Mädchen auf dem Steenbefer Moor; das Kind ist schwer verkrüppelt. Der Täter ist leider unentdeckt entkommen.

Tondern. Ein poesievoller Schmod hat der bürgerlichen Presse folgende hübsche Notiz geschrieben: Einen echten Handwerksburschentod auf grüner Heide fand dieser Tage der in ganz Nordischleswig und auch in einem großen Teile Jütlands wohlbekannte Schneider Frost. Man fand ihn in den letzten Bügen am Segrande liegen und kaum war ein Arzt herbeigerufen, so erlöste der Tod den 71-jährigen von seinem unheimlichen Wanderleben. Er war ein braver Soldat gewesen, der auf dänischer Seite den Feldzug von 1864 mitmachte und aus diesem Anlaß eine kleine Pension empfing, deren Auszahlung die Sonntage, aber leider auch die kümmerliche seines Wanderlebens bildeten. — Wodurch aber der ehemalige brave Soldat zum „unsterblichen Wanderleben“ gekommen und wodurch er in der Bogabundage festgehalten wurde, darum hat sich Schmod nicht zu kümmern. Für ihn vertritt es sich ganz von selbst, daß für den Proletarier der „echte Handwerksburschentod auf grüner Heide“ der richtige Lebensabschluss ist.

Bremen. Genosse Heinrich Strudmann ist im Alter von 36 Jahren gestorben. Seine Intelligenz und sein ehrenhafter Charakter veranlaßten die Parteigenossen, ihn 1902 als Kandidaten für die Bürgerchaftswahl aufzustellen. In der Stichwahl siegte Strudmann mit 271 Stimmen. In der Bürgerchaft hat der Verstorbene mehrmals das Wort ergriffen, seine klaren, verständlichen Ausführungen hatten stets das Ohr der Gegner. Strudmann war auch Mitglied des Kreisrates. Nun ist der Brave tot. Er hätte noch vieles für die Partei tun können. Was er schon für sie tat, wird ihm ein ehrenvolles Andenken sichern.

Bremerhaven. Eine blutige Tat aus Eifer sucht. Ein Wirt F. glaubte seiner Frau gegenüber Grund zur Eifersucht zu haben und machte ihr deshalb mehrfach ernste Szenen. Besonders zwei Einlogierern warf er vor, mit der Frau im Bunde zu stehen. Die Frau war vor ihrem Manne nach Behe zu Verwandten geflüchtet, was die Aufregung des Mannes auf den Höhepunkt trieb. Vorgestern früh um 7 Uhr befand sich der Wirt wieder in seinem Lokal, machte einem dort frühstückenden Schlachter Edel aus Wulsdorf gegenüber seinem Herzen Luft und hantierte dabei mit einem Revolver, mit dem er, wie er äußerte, der Sache bald ein Ende machen werde. Anwesende ermahnten den Wirt, sich zu beruhigen und zu bedenken, was er tun wolle. Da trachte aber plötzlich ein Schuß aus dem Revolver, während der Schlachter E. mit einem Ausschrei zu Boden stürzte. Die Kugel war ihm neben der Nase in das Gesicht eingedrungen und durch die Schädeldede hinten wieder herausgetreten. Der Wirt begab sich hiernach sofort freiwillig zur Polizei und erstattete Anzeige. Der schwerverletzte Schlachter wurde blutüberströmt durch die Feuerwehr abgeholt und nach dem Krankenhaus geschafft.

Enghaven. Opfer des Meeres. Die nicht vom Fang zurückgekehrten deutschen Fischdampfer „Waterlant“, „Donni“ und „Minister Janßen“ mit 31 Mann Besatzung werden amtlich für verlohnen erklärt.

Emden. Drei Arbeiter ertrunken. Bei Bissum ertranken in vergangener Nacht drei Arbeiter in der Ems.

Schönberg in Mecklenburg. Dürfen Turner mit Musik durch eine Stadt marschieren? Die Mitglieder der hiesigen Turnerschaft erhielten kürzlich je ein Strafmandat von 3 Mk., weil sie an einem Sonntagmorgen mit Pfeifen und Trommeln durch Rehna marschiert waren. Die Turner beantragten gerichtliche Entscheidung und wurden vom Schöffengericht freigesprochen. — Bekanntlich haben Mitglieder des Arbeitervereins deshalb ein Strafmandat erhalten, weil sie im Zuge durch die Stadt Segeberg marschierten. Wir wollen hoffen, daß die richterliche Entscheidung hier nicht anders ausfällt, wie bei der patriotischen Turnerschaft in Schönberg.

Rostock. Ein kleptomatischer Unteroffizier. Mittwoch wurde vor dem Schweriner Kriegsgericht weiter verhandelt gegen den Unteroffizier Döppe von der 9. Kompagnie des in Rostock garnisonierenden dritten Bataillons Füsilier-Regiments Nr. 90. D. hatte in der Nacht zum

8. Juli beim Kaufmann Detloff in der Mittenstraße einen Einbruch verübt. Er war vom Bestohlenen verfolgt worden und gleich ermittelt. Gestohlene Sachen hatten sich auf seinem Zimmer gefunden. Der Schuldige gab an, sinnlos betrunken gewesen zu sein. Die Zeugenaussagen sollen eine gewisse Bestätigung dieser Behauptung ergeben haben. Der Vertreter der Anklagebehörde beantragte 6 Monate Gefängnis und Degradation. Das Gericht erkannte auf Freisprechung! — Man wolle bedenken, daß der „sinnlos betrunkene“ Unteroffizier bei seinem Einbruch ein Kletterlunfthund ausgeübt hat, daß manchem Mädchen nicht gelingen dürfte. Döppe ist nämlich durch das offenstehende Oberlicht des einen Ladenfensters, eingebracht, auch war er auf demselben Wege geflohen, ohne etwa eine der Scheiben zu demolieren. Auch ließ es seine „sinnlose Betrunkenheit“ zu, daß er vor seinen Verfolgern über die Kasernenmauer kletterte und die entwendeten Sachen in die Betten und das Schuhzeug anderer Soldaten versteckte.

Malchow. Der Einzug des Souveräns von Hinrichsberg. Bürgerlichen Mättern entnehmen wir eine anmutige Schilderung: „Am Sonntag abend hielt auf dem Gute Hinrichsberg der neuermählte Besitzer Oberleutnant Bodo von Gundlich, ein Sohn des Landrats und Klosterhauptmanns von Gundlich, mit seiner jungen Gemahlin bei föhlichem Wetter seinen Einzug. Von der Grenze des Gutes bis zum Hofe war der Weg reich mit Girlanden geschmückt. Vor dem Eingang zum herrschaftlichen Hause waren die Hofleute, Dienerschaft und Kinder in Festkleidern aufgestellt und begrüßten

das junge Paar. Herr Inspektor Malchow feierte die Herrschaften in einer wohl durchdachten Ansprache. Ein weißgeleibetes Mädchen überreichte darauf einen schönen Blumenstrauß mit Dellektion eines sinnigen Gedichtes. Herr und Frau von Gundlich dankten herzlich und sorgten in überreicher Weise für das leibliche Wohl aller Beteiligten. Später wurde noch ein Fackelzug von Handwerkern und Kaufleuten aus Malchow und Nöbel dargebracht und im Park ein Feuerwerk abgebrannt. Es war ein schönes Fest und die zahlreiche Beteiligung bewies die hohe Verehrung für das herrschaftliche Haus.“ — So werden in Mecklenburg unsere „Ritter“ angehimmelt! Die Geschichte ist zu ernst, als daß man durch sie lustig gestimmt werden könnte.

Beste Nachrichten.

Dortmund. Das schwere Unglück, das sich vor etwa einem Jahre auf der Beche Borussia ereignete und bei dem 39 Bergleute ihr Leben lassen mußten, beschäftigte dieser Tage das Dortmunder Landgericht. Angeklagt war der Betriebsführer Rührer wegen jahrlässiger Körperverletzung. Gestern wurde das Urteil gefällt. Es lautete auf Freisprechung. Der Staatsanwalt hatte 1 Monat Gefängnis beantragt. Wir kommen noch auf diesen Prozeß zurück. **Nieder-Ramstadt b Darmstadt.** Mittwoch abend er- schloß die Frau eines Regierungsbauführers ihre

beiden Kinder von 9 Monaten bzw. 3 Jahren und dann sich selbst.

Peter. Hier erstach der Arbeiter Michel Koop seinen Bruder Peter. Der Mörder wurde verhaftet.

Panan. In Heinebach erkrankte eine Familie nach Genuß von Fischkonserven in Büchsen an Vergiftungsercheinungen.

Leeds. Mittwoch Nacht ist hier ein Riesenbrand ausgebrochen, der bis jetzt noch nicht gelöscht ist. Eine große Reihe Privat- und Lagerhäuser wurde total vernichtet. Zuletzt ergriff das Feuer das größte Hotel der Stadt.

Quittung.

Für die kämpfenden Buchbinder gingen bei uns ein:
 Verein der Gastwirtsgehilfen 8,20 Mt.
 bereits quittiert 20,— Mt.
 Summa 28,20 Mt.
 Expedition des „Lüb. Volksb.“

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 26. Juli 1906.

Der Schweinehandel verlief sehr gut. Zufuhr wurden 865 Stück, davon vom Norden-Stüd, vom Süden — Stüd. Preis: Verjandtschweine: schwere 66—67 Mt., leichte 69—70 Mt., Sauen 58—64 Mt. und Ferkel 66—68 Mt. pro 100 Pfund.

Danksagung.
 Für die überaus zahlreiche Teilnahme und Franzpenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau
Louise Niemann
 geb. Krohn
 sagen hiermit allen Beteiligten sowie Herrn Pastor Sülken für die trostreichen Worte innigsten Dank.
 Ludwig Niemann.
 J. Krohn senior und Frau.
 J. Krohn junior und Frau.

Frendliches Logis Woche 2,50 Mt. Eßengrube 9.

Konsumverein
 für Lübeck und Umgegend.
 C. G. m. b. S.

Verkaufshalle von Lebensmitteln.

Reiner Bienenhonig, Pfund 65 Pfg.	Kartoffelmehl Pfd. 15 Pfg.
Vanille, 3 Stangen 10 "	Reiner Kaffee 88 "
Buddingpulver, 3 Paket 14 "	Prima Schweizerkäse 80 "
Salzheringe, 10 St. 48 und 38 "	Matjes-Heringe Stüd 5 "

Auf 1 Pfund Margarine 5 Rabattmarken gratis.
 Broden-Bäcker Pfund 22 Pfg, ff. gem. Zucker Pfd. 19 Pfg.
 NB. Matjes-Bruch, so lange da ist, 10 Stück 28 Pfg.
 Frische Eier, 10 Stück 60 Pfg.
 Sehr schönes Bratenschmalz, Pfd. 45 Pf.
Otto Burckhardt, Hüxstraße 42.
 Posten Vollfett-Käse, etwas beschädigt, Pfd. 35 Pfg.

Geschäfts-Gröpfung.
 Einem geehrten Publikum von Lübeck und Umgegend die ergebene Mitteilung, daß ich mit dem heutigen Tage
Adlerstraße, Ecke der Wickedeßtr.
 ein neues Geschäft in
Kolonial- und Materialwaren
 verbunden mit Grünwarenhandlung eröffne.
 Für das mir bisher entgegengebrachte Vertrauen bestens dankend, bitte ich, mir dasselbe in meinem neuen Unternehmen zu übertragen. Werde nur beste Waren zu billigsten Preisen verabsolgen.
 Hochachtungsvoll
Christian Piel
 Adlerstraße, Ecke Wickedeßtr.

Wir suchen für unsere zum Oktober c. zu eröffnende zweite Verkaufshalle einen tüchtigen, unrichtigen
Lagerhalter.
 Personen, besonders Mitglieder, welche glauben, diesen Posten vorziehen zu können, werden gebeten, ihre Bemerkungen, mit Rücksicht „Lagerhalter“ versehen, bis zum 10. August d. J. an unsere Geschäftshalle, Fleischhauerstraße 50, einzureichen.
 Der Vorstand.

Nur noch kurze Zeit!
Total-Ausverkauf
 in Zigarren.
 Gatte Gelegenheit einen großen Posten
Zigarren
 billig zu kaufen und bringe dieselben mit den aus der Pleßmannschen Konkursmasse übernommenen und noch vorhandenen Waren zu kolossal billigen Preisen zum Verkauf!
Gratis.
 Bei Einkauf von 1 Mt an gebe bis auf weiteres 10 Stück Zigaretten gratis.
Hermann Prien
 45 Hüxstraße 45.

Matjesbruchheringe
 per Stüd 5 Pfg.
Commerfangheringe
 per Stüd 5 Pfg.
 empfiehlt
H. H. Holtermann
 Markttwiete 4.

Geschäfts-Gröpfung.
 Einem geehrten Publikum die ergebene Anzeige, daß ich am 27. d. M. in meinem Hause
Hansastraße 37
 eine **Fein-, Weiß- und Grobbäckerei**
 eröffne. Um gütigen Zuspruch bittet
 Achtungsvoll
Peter Lohse.

Zu verkaufen eine feidl. Saugbade
 Näheres Döhre Euerstraße 6

Eine fast neue Sportkarre
 zu verkaufen Belzerstraße 24, 1.

Beständig große Auswahl
 in Ferkel. Lieferung eventl. frei Lübeck.
 Hof Wendorf in Lübeck
 (80 Bachttauen.)

Photographien
 gut und haltbar, liefert
Atelier Lubeca, Breitestr. 24.
 Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins erhalten 25 vSt. Rabatt.
 Konrad Brandt, Photograph.

Neue Commerfangheringe
 hochfeine Ware
 3 Stück 10 Pfennig
 größere 2 Stüd. 10 Pfg. u. 2 Stüd. 15 Pfg.
 empfiehlt
Christian Piel
 Adlerstraße, bei der Wickedeßtr.

Gewerkschaftsfest-Komitee.
 Sonntag vormittag 9 Uhr.
 Treffpunkt: Vereinshaus.

M. Lahrtz, Böttcherstr. 16
 Dr. jr. Kopf u. Bein Pfd. 20 Pf.
 Dr. jr. dünne Rippen - 20 Pf. an
 Pr. ger. Rollschultern per Pfd. Mt. 1.—
 Pr. vide Föhmen Pfd. 65 Pf.
 Pr. bestes weißes Schmalz 70 "
 Pr. gef. Mett- u. Leberwurst 70 "
 Pr. Preß- u. Braunschwaezerw. 50 "

Betten, Bettfedern
 u. a. Betten-Artikel
 kaufen Sie billig und recht bei
Markt Otto Albers Kohlm.
 4. 10.
 3. B. komplette Betten von 12,50 Mt an, Federn pr. Pfd. von 45 Pf. bis 1 Mt.
 00 Rote Lubeca-Marken. 00

Feinste Tafel-Margarine,
 Pfund 70, 60 und 50 Pfg.
 2 Pfund 135, 115 und 95 Pfg.
 Gratis-Zugaben.
 Reiner Seidehonig Glas 50 Pfg.
 Frische Meiereibutter Pfd. 120 "
 la. Schweizerkäse 88 "
 „ Holländer Käse 80 "
 3 Sort. Tilsiter Fettkäse 60 "
 2 Sort. alt. Tils. Fettkäse 40 "
 Alter Goldsteiner Käse 25 "
 Limburger Käse Stüd 40 "
 Fette große Matjes, Stüd. 15 u. 10 "
 Commerfangheringe, 12 Stüd 50 "
 Fette Heringe 3 10 "
 Anchovis Pfund 30 "

Schmager-Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse.
Verammlung
 am Montag den 30. d. M.
 abends 9 Uhr
 im Vereinshaus, Fuhlenbüttelstr. 30/31
 Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung. 2. Wahl der Ortsverwaltung.
 Die Ortsverwaltung.

Geräucherten Schinken
 (Landrauch)
 im ganzen und in Anschnitt
Heinr. Viereck, Hüxstraße 96.
 Empfehle

Zur beginnenden Einmachzeit
 empfehle
 einfache u. doppelt glasierte Kochtöpfe.
 Kochtöpfe, bebunden.
 Emaille-Kochtöpfe.
 braune Kruken,
 Glashafen, Geleegläser
 in allen Größen billigst
Ernst Puls
 Hausstraße 36, Ecke Meierstraße.
 Gebe rote Lubeca-Marken.

Ed. Speck, Hüxstr. 80.
Prima Föhmen Pfd. 60 Pfg.
Schweinefleisch.
 Fetten u. magern Speck Pfd. 80 Pf.
 Bestes Schmalz Pfd. 70 Pf.
 Leberwurst u. Geföchte Pfd. 70 Pf.
 Kopf und Bein Pfd. 20 Pf.

Extrafahrt
 nach Travemünde
 zum Rennen
per D. St. Lorenz
 am Sonntag den 29. Juli.
 Abfahrt ab Drehbrücke mittags 1 Uhr.
 Rückfahrt ab Travemünde abends 8 Uhr.
 Fahrpreis einfach 50 Pfg., retour 75 Pfg.
 Kinder 25 Pfg., resp. 40 Pfg.
 Billetverkauf Untertrave 59 und vor der Abfahrt in der Wartehalle.
Lübecker Hafensähre.
 Gef. m. b. S.

Ba. geräuch. Schinken
 im Anschnitt Pfund 2,00 Mt.
Oscar Keil
 Schlachtere u. Wurstmacher m. elektr. Betrieb
 Fernsprecher 1447
 Schwartauer Al. 65, Ecke Westhofstr.

Käse. Käse. Käse.
 Filter, pikant und schneitig, Pfd. 40, 60 und 80 Pf.
 ff. Holländischen von 80 Pf. an.
 la. Schweizer Pfd. 1.— Mt.
 ff. Süßrahm-Margarine 60 und 70 Pf.
 pr. geräucherte Wurst Pfd. 1,00 Mt.
 Reineröffnet im Laden nebenaan:
 Obst und Gemüse empfehle gleichzeitig zu billigen Tagespreisen.
F. Franz, Fünfhausen 22.

Wilh. Strobfeldt
Glockengiesserstr. 73
 Markthalle 13, 14 u. 15.

Wilhelm-Theater.
 Direktion: L. Piorkowski.
 Sonnabend den 28. Juli. 8 Uhr.
 Abschieds-Benefit für Fr. Wenaldy.
 Die Schmetterlingsschlacht.
 Komödie in 4 Akten von Södermann.
 Sonntag: Vollständiges Orchester.
Kyritz-Pyritz.
 Große Posse mit Gesang in 3 Akten v. Wilken
 Billets bereits zu haben.

Uhren, Gold- u. Silberwar.
 anerkannt billig bei
Ernst Gentzen
 Uhrmacher,
 Königstraße 62, bei der Hüxstr.
Empfehlungs-Karten
 Die Druckerei des Lüb. Volksboten

Käse. Käse. Käse.
 Filter, pikant und schneitig, Pfd. 40, 60 und 80 Pf.
 ff. Holländischen von 80 Pf. an.
 la. Schweizer Pfd. 1.— Mt.
 ff. Süßrahm-Margarine 60 und 70 Pf.
 pr. geräucherte Wurst Pfd. 1,00 Mt.
 Reineröffnet im Laden nebenaan:
 Obst und Gemüse empfehle gleichzeitig zu billigen Tagespreisen.
F. Franz, Fünfhausen 22.

Frau S. Becker Ernst Wulff
 Fischergrube 23. Dankwartstraße 34.

Wilhelm-Theater.
 Direktion: L. Piorkowski.
 Sonnabend den 28. Juli. 8 Uhr.
 Abschieds-Benefit für Fr. Wenaldy.
 Die Schmetterlingsschlacht.
 Komödie in 4 Akten von Södermann.
 Sonntag: Vollständiges Orchester.
Kyritz-Pyritz.
 Große Posse mit Gesang in 3 Akten v. Wilken
 Billets bereits zu haben.

An die Parteigenossen der Provinz Schleswig-Holstein und des Fürstentums Lübeck.

Der diesjährige Provinzial-Parteitag findet am Sonntag den 2. und Montag den 3. September im „Apollosaal“ in Rendsburg statt. Die Verhandlungen werden um 11 Uhr vormittags beginnen. Die provisorische Tagesordnung ist wie folgt festgesetzt:

1. Konstituierung des Parteitages. Festsetzung der Tagesordnung. Wahl einer Mandatsprüfungs-Kommission und einer solchen zur Prüfung der Jahresabrechnung.
2. Bericht der Agitationskommission. Berichtserstatter: Fr. Baitels.
3. Staatsberatung.
4. Bericht über die Presse.
5. Unsere Aufgaben für die nächste Zeit.
6. Anträge und Resolutionen.
7. Fragen der Kommunalpolitik in Schleswig-Holstein.
8. Wahl des Sines und des Vorsitzenden der Agitationskommission.
9. Bestimmung des Ortes für den nächsten Provinzial-Parteitag.

Anträge, die in die gedruckte Vorlage Aufnahme finden sollen, sind bis spätestens zum 12. August an uns einzusenden.

Die Wahlen der Delegierten erfolgen nach den statutarischen Bestimmungen der betreffenden Wahlkreis-Organisation.

Die Delegierten bitten wir, uns und dem Lokalkomitee von ihrer Delegation rechtzeitig Mitteilung zu machen. Mandatsformulare sind von der Agitationskommission, Altona, Victoriastr. 82, abzufordern.

Die Adresse des Lokalkomitees lautet:

W. Pittack, Rendsburg, Obereiderstr. 15.

Etwaige Wünsche betreffend Logis usw. sind dem Lokalkomitee mitzuteilen.

Altona, den 16. Juli 1906.

Die Agitationskommission.

Das kommunistische Manifest im Spiegel der Gegenwart.

Das klassische Dokument des Sozialismus und der Sozialdemokratie, das kommunistische Manifest, ist in lebendiger Auflage erschienen. Karl Kautsky schreibt eine vorzügliche Vorrede dazu. Sie mag hier Platz finden und der Abdruck dazu beitragen, daß es fortan seinen Arbeiter mehr gibt, der nicht das kommunistische Manifest in Händen, Kopf und Herzen hat.

Kautsky schreibt:

Bald 60 Jahre sind seit der Abfassung des kommunistischen Manifestes verstrichen. 60 Jahre einer Produktionsweise, die mehr als jede vor ihr in ständiger Umwälzung des Alten, in stetigem Hasten und Jagen nach Neuem besteht; 60 Jahre völliger politischer und sozialer Revolutionierung nicht nur Europas, sondern des gesamten Erdballs. Diese

jedes Jahrzehnte konnten auch am kommunistischen Manifest nicht spurlos vorübergehen. Je richtiger es seine Zeit erfaßt und je mehr es ihr entsprochen hatte, um so mehr mußte es in manchen Punkten voralen und tiefen in einem historischen Dokument werden, das Zeugnis für seine Zeit abgibt, aber nicht mehr bestimmend sein kann für die Gegenwart.

Aber wohlgerichtet, das gilt nur für manche Punkte, für solche, wo der praktische Politiker zu den Zeitgenossen spricht. Nichts wäre trüger, als das ganze kommunistische Manifest zu einem historischen Dokument zu stampeln. Im Gegenteil. Die Grundsätze, die es enthält, die Methode, zu der es uns anleitet, die Charakterisierung der heutigen Produktionsweise, die es in knappen Strichen gibt, gelten heute mehr denn je. Die ganze tatsächliche Entwicklung ebenso wie die ganze theoretische Forderung der Zeit seit der Abfassung des kommunistischen Manifestes sind nichts als eine ununterbrochene Reihe von Verästelungen seiner grundlegenden Auffassungen. Mehr als je wird heute der Satz allgemein anerkannt, daß die Geschichte aller bisherigen (zivilisierten) Gesellschaft die Geschichte von Klassenkämpfen sei, und nie lag es deutlicher zu Tage als jetzt, daß die große Triebkraft unserer Zeit der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat ist.

Aber der Proletar und auch der Bourgeois sind heute nicht mehr ganz dieselben, die sie vor sechs Jahrzehnten waren. So scharf und richtig ist das Manifest zeichnend, und so sehr diese Zeichnung auch heute noch die glänzendste und tiefgehendste Darstellung dieser beiden Klassen in so engem Rahmen bildet, so trifft sie doch in manchen Punkten nicht mehr zu.

Zur Zeit, wo das kommunistische Manifest erschien, war noch das hervorragendste Charakteristikum des Proletariats seine Degradation, das Sinken seines Lohnes, die Verlängerung seiner Arbeitszeit, sein physisches, oft auch moralisches und intellektuelles Verkommen, kurz, sein Elend. Von den drei großen Klassen, welche die Masse des Volkes bilden, Bauern, Kleinbürger und Lohnarbeiter, standen die letzteren in jeder Beziehung am tiefsten. Arm, gebildet, hilflos, an Zahl und ökonomischer Bedeutung (außer in England) hinter den beiden anderen Klassen zurückstehend, waren sie für die meisten uninteressierten Beobachter nur ein Objekt des Mitleids. Es bedurfte des ganzen ökonomischen und historischen Wissens und der ganzen Denkraft eines Marx und Engels, um im Klassenkampf des Proletariats die mächtigste Triebkraft in der sozialen Entwicklung der kommenden Jahrzehnte zu entdecken, damals, wo die Nachfolger der großen Utopisten das Proletariat noch als hilflose Masse betrachteten, der nur von den oberen Klassen Hilfe kommen könne, und die Revolutionäre alles vom „Volk“ erwarteten, das ist im wesentlichen von Kleinbürgern und Bauern, als deren bloßer Aufwärtler der Lohnarbeiter erschien, der geistig, gesellschaftlich, vielfach auch ökonomisch von ihnen abhängig war.

Ganz anders steht das Proletariat heute da. Wohl unterliegt es noch denselben verabschämenden Einwirkungen des Kapitals wie vor 60 Jahren; wohl strebt das Kapital auch heute noch danach, die Löhne zu verkürzen, die Arbeitsstunden zu verlängern, den Arbeiter durch die Maschine, den arbeitenden Mann durch Weib und Kind zu verdrängen und das Proletariat auf diese Weise zu degradieren. Aber immer mächtiger wächst „aus der Empörung der stets anwachsenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse“ (Marx im „Kapital“). Immer stärker setzt der Widerstand des Proletariats ein, eine leiser Schichten nach der anderen wagt die degradierenden Wirkungen des Kapitalismus zu überwinden.

Ganz anders Kleinbürgertum und Kleinbauernschaft. Während seit Jahrzehnten wachsende Mengen von Proletariern ihre Arbeitszeit immer mehr verkürzen, ihre Löhne

erhöhen, bleibt die Arbeitszeit der Handwerker und Kleinbauern stets gleich lang, bis an die Grenzen der physischen Leistungsfähigkeit angedehnt, während zugleich die Intensität ihrer Arbeit wächst und immer mehr nähert sich die Lebenshaltung der Handwerker, Kleinhändler und Kleinbauern dem Existenzminimum. Andererseits, wenn in der Großindustrie die Arbeiterklasse für die Frauen- und Kinderarbeit immer härtere Schranken, immer größeren Schutz zu erklagen weiß, werden Handwerker und Kleinbauern immer mehr angezogen auf die wetteifernde Ausbeutung eigener wie fremder Frauen und Kinder.

Hand in Hand mit dieser ökonomischen Umwandlung geht eine intellektuelle und politische. Der Kleinbürger übertrug vor hundert Jahren noch weit alle anderen Klassen der eigentlichen Volksmasse an Intelligenz, Selbstvertrauen, Kühnheit. Gute ist er das Prototyp der Beschränktheit, Anschaulichkeit und Feigheit geworden, während das Proletariat jene Tugenden aufs kräftigste entfaltete. Vor hundert Jahren, ja vor fünfzig Jahren bildete auch noch das Kleinbürgertum den Kern der demokratischen Opposition, des bürgerlichen Radikalismus, der den Schloßherren, Thronen und Altären den Krieg erklärte und Friede den Hütten. Heute ist das Kleinbürgertum zur Kerntruppe der Reaktion geworden, zur Garde der Schloßer, Altäre und Throne, von denen es die Errettung aus dem Elend erhofft, in das es die ökonomische Entwicklung geführt hat.

Und ganz ähnlich ist es auch mit der Bauernschaft gegangen.

Es gibt in der Volksmasse der kapitalistisch entwickelten Länder (das gilt also nicht für Rußland) nur noch eine Klasse, die sich mit aller Kraft für den sozialen Fortschritt einsetzt: das Proletariat.

Aber zum Glück für die gesellschaftliche Entwicklung sind alle diese Veränderungen auch von einer völligen Verschiebung im Verhältnis der Kräfte begleitet. Zur Zeit, wo das kommunistische Manifest abgefaßt wurde, lebte noch die große Mehrheit der Bevölkerung (in Frankreich und Deutschland 70 bis 80 Prozent) auf dem flachen Lande. Und in dem Städten überwiegt das Kleinbürgertum. Heute hat in allen industriell entwickelten Staaten Europas die städtische Bevölkerung die Mehrheit und in den Städten überwiegt das Proletariat. Noch mehr als sein Anteil an der Bevölkerungszahl ist aber seine ökonomische Bedeutung gewachsen. Vor hundert Jahren diente noch die kapitalistische Industrie vornehmlich dem Luxus, wamentlich auf dem Festlande Europas, der Produktion von Seidenstoffen, Teppichen, Porzellan, Papier usw. Noch vor 60 Jahren beruhte das ökonomische Leben vornehmlich auf dem Handwerk und der bäuerlichen Wirtschaft. Heute hängt die ökonomische Bedeutung und der Reichtum eines Landes in erster Linie von seiner kapitalistischen Großindustrie ab, die nicht mehr dem Luxus, sondern dem Massenkonsum dient und Unentbehrliches produziert. Ein moderner Staat kann ohne Bauern und Handwerker existieren, wie England zeigt. Er kann aber nicht existieren ohne Großindustrie und die ihr entsprechenden Verkehrsmittel. Mit der Großindustrie und dem Meistens des Massenverkehrs wächst aber auch das Proletariat. Es wird schon der bloßen Zahl nach die mächtigste Volksschicht. In der Industrie Deutschlands waren bereits 1895 drei Viertel der Erwerbstätigen Lohnarbeiter — 75 Proz., 1882 erst 66 Proz., zwei Drittel.

Von ihnen hängt heute das ganze ökonomische Leben des Landes ab, in ihrem Rücken selbst aber wächst, wie wir gesehen, die Zahl derjenigen, deren Lebens- und Arbeitsbedingungen sich über die der kleinen Handwerker, Händler und Bauern erheben.

Die Lage vieler Schichten der besitzlosen Arbeiter erhebt sich heute über die weiter Kreise von besitzlosen, d. h. im Besitz ihrer Produktionsmittel befindlichen Arbeitern. Man kann daher heute nicht mehr mit dem kommunistischen Manifest sagen: „Der Arbeiter wird zum Pauper, er stinkt

Im Banne des Spiritismus.

Reizoman von Friedrich Lohme.

(70. Fortsetzung)

(Nachdruck verboten)

„Nein. Er selber hat nun nicht einmal die Früchte seiner Verbrennen geblüht, die Rasse hat der Kaiserer mitgenommen.“ fuhr Sivarath fort.

„Herr Wolfert?“

„Der Herr.“ Er schaute zu denen, die niemals im Ernst an die Mediumität Lowes und Kattes apokalyptische Mission glaubten, er wollte nur ins Erleben stehen und hat, wie eine gestern sofort vorgenommene Revision der Kassbücher ergab, das Vertrauen der Gesellschaft im Vereine mit Low schon längst schändlich mißbraucht. In derselben Nacht, als der Low sich aus dem Staube machte, ist auch Wolfert entflohen — mit dem Rest des Vermögens der Brüder der Liebe und seiner Bank, er wird ebenso wie Low stürzend verfolgt, denn er hinterläßt ein Defizit von gegen 300 000 Mark, und besonders die kleinen Lute sind schwer durch seine betrügerischen Manipulationen geschädigt worden.“

„Wohin Gott, in welchen Händen bin ich gewesen!“ rief die Barona empört. „Und ich — ich — o verlassen Sie mich jetzt, Herr Professor, ich muß die Fülle Ihrer Mitteilungen bei mir selbst verarbeiten, ich brauche Ruhe und Selbstkonzentration.“

Sie reichte dem Gelehrten mit einem Versuche eines freundlichen Lächelns die Hand, die er warm und ermutigend drückte. Agnes begleitete ihn hinaus.

„Kann Ihre Mutter das Schicksal Ihres Verwandten?“

„Mein Stephaus — ja — ich hielt es für besser, ihr die Wahrheit zu gestehen, damit sie der Vorfall auf die weiteren Entfaltungen, die sich an den Namen des Barons von Rochefeld knüpfen, vorbereiten.“

„Sie glauben, die Tatsache der Briefsäufung —“

„Wird sie am tiefsten treffen, weil gleichzeitig ihr Stolz verwundet wird.“

„Über können wir ihr diesen Schmerz nicht ersparen.“ sagte der Professor mit erster Entschiedenheit. „Sie hat auch gefehlt in ihrem blinden Hoffen und muß die Remedur über sich ergehen lassen.“

Damit entfernte er sich raschen Schrittes.

Acht und dreißigstes Kapitel.

In einem Speisezimmer des Krankenhauses lag Katie Hyde bleich und still in den weißen Kissen. Man sah von ihr nichts wie das eingefallene schmerzliche Antlitz und einen Kranz ihres schwarzen glänzenden Haars, ihre Physiognomie besaß einen regelmäßigen Ausdruck als sonst niemals und ein Schen von Leblühten, wie man ihn in gesundem Zustande nicht an ihr wahrzunehmen, beietete sich über ihre Züge aus. Ihre Wimpern waren gesenkt, jedoch die Tätigkeit der schwarzen Samtangen nach einwärts getrieben, sie lag so schweigend und ruhig, daß auch nicht eine Falte ihres Lagers sich bewegte.

Erst als der Oberarzt der Anstalt in ihr Zimmer trat, gewannen ihre Augen Leben und mit fragendem Ausdruck richtete sie dieselben auf den würdevollen alten Herrn, der letzten Tages zu ihr ins Bett trat und mehr gewohnheitsmäßig, als weil die Notwendigkeit es erheischte, den Puls der Kranken ersuchte.

„Nun, Herr Geheimrat, was für Befehle bringen Sie mir?“ hub die Sonnambule mit schauer Stimme ungeduldig an.

„Achtzehn — neunzehn — zwanzig — und Sie befehlen wirklich auf Ihrem Wunsch?“

„Unter allen Umständen, Herr Geheimrat, ich bin diesen Personen eine Genugtuung und mir selbst eine Rechtfertigung schuldig. Ich weiß, daß ich sterben muß und will kein schlechteres Andenken hinterlassen, als ich verdien.“

„Wer wird an den Tod denken? Sie werden genesen.“

„Ich werde es nicht,“ entgegnete Katie mit fester entschlossener Stimme. „Ich kann nicht wieder gefunden mit dem Bewußtsein der Niederlage, die sowohl meine weltliche menschliche als auch meine moralisch-geistige Individualität erlitten hat. Und wozu auch? Ich —“ ihre Stimme überflog ein Schalten — „ich würde ja doch nur — doch gleichviel — Sie haben mir noch nicht geantwortet — ich darf die —“

Ihre Stimme versagte ihr, sie schweig und blickte den Gelehrten Medizinalrat erwartungsvoll an.

„Nun wohl, so will ich es Ihnen gefahren,“ erwiderte er bedächtig. „Unter der Bedingung, daß Sie nicht viel sprechen und sich nicht aufregen.“ „Ich weiß, Sie haben Gewalt über sich und einen starken Geist. Und ich schlafen Sie, um für den Besuch Kräfte zu sammeln.“

Im Laufe des Nachmittags, während Katie im festen Schlafe der Erholung lag, trugen zwei Wärter leise und vorsichtig einen großen Tisch und mehrere Stühle in ihr Zimmer, Vorbereitungen, welche die Kranke, als sie erwachte, mit befriedigtem Nicken gewahrte. Mit Sehnsucht sah sie der bestimmten Stunde entgegen. Kurz vor acht Uhr stelte sich Medizinalrat Rochefeld, der sich persönlich für die vielen genannte Heilsehlerin interessierte, nochmals an ihrem Lager ein, um ihr Befinden zu kontrollieren, gleich darauf erschienen die Schwestern, die Baronin von Lillo und Agnes, der Professor nebst Frau und Tochter, Staatsanwalt Stobäus, Frau von Stöben, Frau von Herzog und Doktor Willian. Alle begrüßten die Kranke in zurückhaltender Weise mit einem kurzen Grußen, dann nahmen die Besucher am Tische Platz.

Nur der Professor näherte sich dem Krankenbette und sagte:

„Hier sind wir, Miß Hyde. Fühlen Sie sich der Aufregung gewachsen?“

„Ich kann alles, was ich will,“ entgegnete sie. „In

immer tiefer unter die Bedingungen seiner eigenen Klasse herab."

So steht das Proletariat heute ganz anders da, als vor 60 Jahren. Aber freilich, die Dinge müssen sich im Kopfe ganz eigenartig spiegeln, wenn man zu erkennen glaubt, daß sich infolge dieser Veränderungen der Gegensatz des Proletariats zum Kapital gemildert hat. Im Gegenteil. Allerdings stehen dem Proletariat im ganzen und großen heute mehr Kulturgüter zu Gebote, als in früheren Jahrhunderten oder auch Jahrzehnten. Die enorme Zunahme der Produktivkräfte, die der Kapitalismus entfesselt hat, ist nicht spurlos an ihm vorübergegangen. Aber jetzt kann man auch von einer Hebung der Lage vieler proletarischer Schichten sprechen, wenn man sie vergleicht mit der Lage des Kleinbürgertums und der Kleinbauernschaft; aber die Lage des Proletariats verschlechtert sich entschieden und rapid, wenn man sie mit der seiner Ausbeuter vergleicht, der Kapitalistenklasse. Die Produktivität der Arbeiter ist unter der Herrschaft des Kapitals enorm gewachsen, der gesellschaftliche Reichtum kolossal gestiegen, aber was das Proletariat davon abträgt, ist höchst dürftig, verglichen mit der Fülle, die sich die Kapitalistenklasse aneignet. Verglichen mit der Lebenshaltung der Kapitalistenklasse und mit der Akkumulation von Kapital verschlechtert sich die Lage des Proletariats, sein Anteil an der Produktion seiner Arbeit vermindert sich immer mehr und mehr und seine Ausbeutung steigt. Um jeden Fortschritt, den es trotz alledem errungen hat, hat es nur im Kampfe gegen das Kapital erobern können, und nur im steten Kampfe dagegen kann es ihn behaupten. So wird nicht nur seine Degradation, sondern auch seine Erhebung aus ihr, werden nicht nur seine Niederlagen, sondern auch seine Siege Daellen fester und fortschreitender Erbitterung gegen die feindliche Klasse. Die Formen des Kampfes wechseln und werden immer höhere, aus vereinzelten Akten wilder Verzweiflung werden planmäßige Aktionen großer Organisationen — die Gegensätze bleiben und werden immer schroffer.

Aber wie das Proletariat, hat sich auch die industrielle Bourgeoisie in den letzten Jahren gewandelt. Als das kommunistische Manifest erschien, hatte sie gerade erst das letzte Hindernis ihrer Herrschaft in England, die Kornzölle, beseitigt, fand sie auf dem Festlande Europas noch vor der Notwendigkeit einer Revolution, um die politische Gewalt ihren Zwecken dienlich zu machen.

Sie stand denselben Mächten feindlich gegenüber, die die große Volksmasse am sichtbarsten bedrückten — Pöbel, Adel, Monarchie, hohe Finanzen —, hatte noch große politische Ziele, Ideale, die auch etwas wie ethischen Idealismus um sie verbreiteten. Noch glaubte sie, daß dem allgemeinen Wohlstand nur die feudalen Ueberreste im Wege ständen, nach deren Hinwegräumung eine Ära allgemeinen Glücks beginnen würde.

Die Revolution von 1848 brachte dann die Enttäuschung, enthüllte die modernen Klassengegenätze. Die ökonomische Entwicklung hat sie weiterhin, wie wir eben gesehen, immer mehr vertieft und damit die industrielle Bourgeoisie und ihren Anhang immer mehr aus dem Lager der Demokratie in das Lager der Reaktion gedrängt. Zur Alleinherrschaft konnte sie in Europa nirgends kommen. Sie suchte ehe dem die Herrschaft zu erobern mit Hilfe des Kleinbürgertums und des Proletariats, sie suchte sie jetzt zu behaupten mit Hilfe jener Mächte, gegen die sie die Demokratie angerufen hatte. Dazu kommt, daß die Industrie durch das Aktienwesen immer mehr der hohen Finanzen ausgeliefert wird, die seit jeher antidemokratisch war und die absolute Staatsmacht begünstigte.

Das kommunistische Manifest konnte noch erklären: In Deutschland kämpft die kommunistische Partei, sobald die Bourgeoisie revolutionär aufsteht, gemeinsam mit der Bourgeoisie gegen die absolute Monarchie, das feudale Grundeigentum und die Kleinbürgerei.

Heute ist nirgend mehr von einer revolutionären Bourgeoisie die Rede, abgesehen vielleicht von Rußland.

Soziales und Parteileben.

Aus dem in- und ausländischen Gewerkschaftsleben. In der königlichen Porzellanmanufaktur München-Nymphenburg sind die Differenzen beigelegt zur Zufriedenheit der Arbeiter. — Die Auslieferung im Straßburger Baugewerbe ist durch Vergleich beendet.

Verhaftung eines Streikkomitees. Aus Reichenbach im Saiglande wird berichtet: Wie ein Lauffeuer ver-

der Schablade dieses Nachtstückes liegt das Memorandum. Nehmen Sie es und lesen Sie."

Sinclair entnahm dem bezeichneten Kasten das dünne Heft, setzte sich zu den übrigen und begann, nach einer kurzen Ansprache an die Anwesenden, in welcher er den Zweck der kleinen Versammlung nochmals hervorhob, das folgende zu lesen:

Mein wahrer Name ist Amy Hull. Ich habe die Unwahrheit gesagt, als ich in meiner früheren Darstellung angeblich meine Eltern seien gestorben, jowie mir bekannt, leben beide noch. Ich bin auch nicht, wie ich damals vorgespiegelt, etwa vierzig, sondern erst 26 Jahre alt. Mein Vater ist General Hull, der Kommandant von Aberdeen. Meine Mutter ist eine Indianerin, Sindhia, die Tochter des bekannten Radscha Topi, sie trat aus Liebe zu meinem Vater zum Christentum über und ward bald Christin aus inniger frommer Ueberzeugung. Sie hatte eine sorgfältige Erziehung nach europäischen Mäßen genossen und liebte mich sehr eine solche zu sein.

Ich blieb als einziges Kind am Leben und meine Eltern liebten mich mit abgöttischer Liebe. Als mein Vater nach Aberdeen versetzt wurde, verpürten meine Mutter und ich bald die nachteiligen Folgen des unheilvollen Klimas, weshalb mein Vater uns zu einer befreundeten englischen Familie nach Damaskus brachte. Hier wuchs ich auf, es war meine eigentliche Heimat, die ich über alles liebte und bewunderte. Mein Körper entwickelte sich äußerst zart und ansehend schwächlich, aber mein Geist war stark und energiegel, er beherrschte meinen Körper, so sehr auch dieser allen Einflüssen des äußeren Lebens nachzugeben schien, vollständig. Aber nur in Bezug auf große Lebenslust und Absichten. In Kleinigkeiten erwies ich mich reizbar, launenhaft, eigenwillig und töricht. Aber ich konnte schon als Kind selbst den heftigsten Schmerz durch festen Entschluß bezwingen, ich besaß eine Gabe der Autohypnose, die mir eine selbstsamen-

breitete sich heute (Dienstag) früh die Nachricht in unserer Stadt, daß die Streikleitung der Maurer ohne Angabe von Gründen verhaftet worden sei. Diese Nachricht bestätigte sich. Es sind die Genossen Ludwig, Liebetraut und zwei weitere Genossen, sämtlich Mitglieder des Streikkomitees, verhaftet worden; teilweise sind die Verhaftungen mitten in der Nacht erfolgt. Wir sind zur Zeit nicht in der Lage, genaues über diese neueste sächsische Polizeizeit mitzuteilen.

Was die deutschen Schlossermeister sind und was sie wollen, das verkündeten sie der Welt durch die Verhandlungen auf ihrem Verbandstag in Augsburg: Sie sind arme Luder, vom Staat, von den Gemeinden und von den Arbeitern geplagt, von Gott verlassen und vom Teufel ausgelacht. Sie wollen daher polizeiliches Verbot der Arbeiterorganisationen, Aufhebung der Arbeiterversicherung, Aufnahme von Streikklauseln in sämtliche Lieferungsverträge und wenn man ihre billigen Wünsche nicht baldigt berücksichtigt, dann — nun dann werden sie am Ende auch Sozialdemokraten! Das ungefähr ist der Tenor aus ihren Verhandlungen. Weil ein Meister erst ein „richtiger“ Meister ist, wenn er in einem Schloßmacherverband Mitglied ist, so mußten die Schlossermeister natürlich auch dergleichen tun und sie beschloßen, sich dem Arbeitgeberverband für die Metallindustrie anzuschließen, „weil man da bloß 1 Mk. Beitrag zu leisten braucht“, während im Metallindustriellenverband der Beitrag höher ist. Bezeichnenderweise kam der Antrag, die Reichsregierung zu veranlassen, die Arbeiterorganisationen polizeilich zu verbieten, von Sachsen, „wo's so scheene is, denn da kann ein Gendarm schon eine gewerkschaftliche Versammlung auflösen, wenn es ihn bloß an die Beene friert!"

Aus Sachsen. Nachdem Genosse Lange von der „Leipziger Volkszeitung“ erst vor einigen Tagen nach 9 Monate langer Haft in die sächsische Freiheit zurückgekehrt, ist am Montag ein anderer Redakteur unserer Leipziger Parteizeitung, nämlich Genosse Kressin, auf 6 Monate in ein sächsisches Gefängnis gegangen. Er soll darüber nachdenken, daß man dadurch auf indirekte Art und Weise den jetzigen König von Sachsen beleidigen kann, daß man in einer historisch-kritischen Studie, wie es die „Albertinischen Profile“ sind, ein zwar geschichtlich wahres, aber nicht gerade schmeichelhaftes Bild der Wettiner Fürsten des 17. 18. und 19. Jahrhunderts und ihrer Diener entrollt. Gegen die „Leipziger Volkszeitung“ hat, wie aus dem soeben veröffentlichten Jahresbericht des Agitationskomitees für Leipzig hervorgeht, die sächsische Justiz in den Zeitraum von 1 1/2 Jahren nicht weniger als 3 Jahre, 3 Monate und 2 Wochen Gefängnis und insgesamt 1230 Mark Geldstrafe ausgeworfen. Viel Narben — viel Ehr! Und der einzige Erfolg der sächsischen Justiz in diesem Felzug ist der, daß die Abonnentenschar der „Leipziger Volkszeitung“ in dieser Periode verschärfsten Kampfes ständig gewachsen ist.

An die Parteigenossinnen wendet sich folgender Aufruf in der „Gleichheit“:

Genossinnen! Ueber die Notwendigkeit, in diesem Jahre wiederum eine Frauenkonferenz abzuhalten, herrscht unter den tätigen Genossinnen keine Meinungsverschiedenheit. Jede der bis jetzt festgestellten Konferenzen hat fördernd und belebend auf die Frauenbewegung eingewirkt; ganz besonders seit der letzten Konferenz in Bremen 1904 sind bedeutende Fortschritte zu verzeichnen. Mit dem Erfolg sind aber auch die Aufgaben für die Agitation mannigfaltiger geworden. Zu fragen, die uns wiederholt auf Konferenzen beschäftigt haben, gesellen sich neue, die unabweisbar zur Verhandlung kommen müssen.

Als Beauftragte der Genossinnen Deutschlands beruft die Unterzeichnete eine Frauenkonferenz nach Mannheim ein, wo der nächste Parteitag stattfinden wird. Die Konferenz soll Sonnabend, den 22. September, Morgens 9 Uhr, in den Zentralhallen, D. 2, 16, zusammen treten und nötigenfalls noch Sonntag Nachmittag tagen.

Als provisorische Tagesordnung schlage ich vor:

1. Bericht der Zentralvertrauensperson.
2. Agitation, b) Presse.
3. Frauenstimme etc. Berichterstatterin Genossin Bettin.
4. Agitation unter den Landarbeiterinnen. Berichterstatterin Genossin Biech.
5. Die Diensthilfsbewegung. Berichterstatterin Genossin Grünberg.

Kraft verließ, welche zur bewußten Nacht durch die frühzeitige Lektüre allerhand phantastischer und überhörschwänglicher Schriftsteller ausgebildet wurde.

Mich reizte bald nur noch das Absurde und Absonderliche. Ich war ehrgeizig, maßlos ehrgeizig und vielleicht auch eitell, ich gefiel mir darin, anders zu sein, als andre. Hier nur ein Beispiel, wie sich diese Sonderbarkeit oder vielmehr Ausartung meines Charakters im Leben betätigte. Man erzählte an unserem Tische von einem Derwische, welcher zehn Tage gehungert hatte. Ich erklärte sofort, das könnte ich auch und trotz aller Besuche, mir Nahrung beizubringen, trotz der qualvollsten Pein, die ich körperlich ausstaud, führte ich meine Absicht fünf Tage lang durch. Ich hatte in den Schriften, deren Lektüre mir so verderblich wurde, da sie Phantasie und Gefühl einseitig auf Kosten der Logik und des Verstandes entfalten, von dem eigentümlichen Fähigkeiten der Medien und Somaambulanten gelesen, und nach und nach entstand eine Art fixer Idee in mir, daß auch ich mit besonderer Begabung ausgerüstet und von Gott zu hohen Dingen bestimmt sei. Denn ich war in Wahrheit von unendlicher Frömmigkeit erfüllt, die Blätter, welche mir die Leiden unjeres Heilands verkündeten, begoß ich mit meinen Tränen, ich fertigte mir eine Dornenkrone und trug sie lange Zeit, wenn ich allein war.

Und ich war viel allein. Ich haßte die Gesellschaft anderer Menschen, da sie mich in meinen Träumen störte. Ich hatte mir eine eigene Welt für mich aufgebaut, eine innere Welt, die von der wirklichen ganz verschieden war. Ein wunderliches Gemisch von Luftschlössern, Phantasmen und Vorstellungen beherrschte meinen Geist, ich atmete in einem Wunderlande, dessen Herrin ich war. Ich vollbrachte ungeheuerliche Taten und Wunder, ich wurde als eine Göttin und Prophetin verehrt und ausgezeichnet. Meine Sehnsucht nach einem unmittelbaren Verkehr mit Gott gab mir allerdings Beruhigung ein, eine bunte Verbindung mit ihm herbei-

5. Fürsorge für Schwangere und Wöchnerinnen. Berichterstatterin Genossin Dunder.

Damit die Konferenz gut vorbereitet werden kann, müssen sich die tätigen Genossinnen so bald wie möglich beraten, und etwaige Anträge sind bis spätestens zum 30. Juli an die Unterzeichnete einzusenden.

In Orten, an denen ein Zusammenarbeiten mit den Genossen stattgefunden hat, ist es wohl selbstverständlich, daß die Genossinnen sich mit diesen baldigt über die Wahl einer Delegierten verständigen. Dort, wo die Verhältnisse nicht so günstig liegen, haben die Genossinnen laut § 11 Abs. 1 des Organisationsstatuts der sozialdemokratischen Partei Deutschlands das Recht, in öffentlicher Frauenversammlung nicht nur eigene Delegierte für die Frauenkonferenz zu wählen, sondern auch für den Parteitag. Wünschen es wert ist, daß die Delegierten zur Frauenkonferenz auch zugleich ein Mandat für den Parteitag erhalten. Den vorliegenden Erfahrungen gemäß sollten wie bisher so auch zu dieser Konferenz die Delegierten aus den Reihen der tätigen Genossinnen gewählt werden. Dort, wo die Bewegung noch ganz jungen Datums ist und aus diesem Grunde eine Delegierung nicht statifabel, bleibt es den Genossinnen selbstverständlich unbenommen, ihre Wünsche und Anregungen, ganz besonders die Agitation betreffend, der Konferenz zu unterbreiten und sie zu diesem Zwecke der Unterzeichneten mitzuteilen.

Um die Kosten der Delegierung decken zu können, sollen die Genossinnen alsbald mit den Sammlungen beginnen.

Erfolgte Wahlen von Delegierten sind der Unterzeichneten zu melden.

Die Frauenkonferenz zu Mannheim muß nicht nur ein Beweis für die Fortschritte der proletarischen Frauenbewegung werden, sondern auch der Ausgangspunkt weiterer großer Erfolge.

Mit Parteigruß
Ottilie Baader,
Berlin S 53, Blücherstraße 49, Hof 11.

Aus Nah und Fern.

Minister Dr. Studis' Erziehungsergebnisse auf der Anklagebank. Kürzlich stand Frau Rosalie Förcke unter der Anklage des Betrugs vor der Berliner Strafkammer. Die Angeklagte läßt seit längerer Zeit in mehreren Zeitungen Inserate erscheinen, in welchen sie sich als gottbegnadete Heilseherin empfiehlt, die die Zukunft vorhersehen könne. Sie baut bei diesem Annonzenschwindel darauf, daß in der Ära Studis die Dummheit dem Volke erhalten geblieben ist, wählt als Annonzenblätter solche, die den Ruhm Studis preisen und deshalb ein Respublikum haben, das da glaubet. Ihre Selbstprophetie, daß infolge dieser Annonzen Dummheit in ihr Reich lausen werden und daß sie sowie die Stubi-strommen Wäcker wegen der Schwindelannonzen anklagefrei bleiben würden, hat sie nicht geläuscht. Auf die Anklagebank kam sie, weil sie gar zu arg eine fromme Stubi-gläubige rupfte. Zu ihren Kunden gehören höchst feindliche Damen von Dumaalischen und Heuchelbroda, aber auch durch die Ärsiere der Volksschule und Kirchen leider rückständig gebliebene Arbeiterinnen. Eines Tages erschien die 20jährige Fabrikarbeiterin G. bei der Angeklagten. Diese stellte schon nach den ersten Worten als Motiv der „Konsultation“ Liebestummer fest. Das junge Mädchen klagte unter bitteren Tränen, daß ihr Bräutigam immer kühler zu ihr werde und sich jetzt gänzlich von ihr abwenden wolle. Die Angeklagte brante unter allem möglichen Hohnspolus einen Liebestraut und brachte schließlich aus dem Eidoiter eines Fuhs auch den Grund des zurückhaltenden Wesens des heißgeliebten Bräutigams heraus. Allen Ernstes versicherte sie dem jungen Mädchen, der Treulose befinde sich nur in Selbstverleugung und wolle es ihr nicht eingestehen. Er würde es aber sehr übel nehmen, wenn sie ihm das Geld persönlich anbiete. Die erfindungsreiche „Wahrsagerin“ bot sich an, die Vermittlerrolle zu übernehmen und dem jungen Mann das Geld zu übergeben. Die Studische Erziehung und die Liebe mußte das junge Mädchen doppelt blind gemacht haben. Denn vertrauensvoll händigte sie der Angeklagten zwanzig Mark aus, nachdem sie vorher dem Namen und die Wohnung ihres Bräutigams angegeben hatte. Zu ihrem größten Leidwesen blieb jedoch alles beim alten. Sie begab sich deshalb nochmals zu der Angeklagten. Diese gab an, der Bräutigam brauche noch mehr Geld. Die vertrauensselige Stubi-jüngerin opferte nochmals fünf Mark. Natürlich wieder ohne jeden Erfolg. Der Bräutigam ver-

zuführen, ich schwelgte in Schilderungen der Heimat seines göttlichen Sohnes, in meinen Träumen und Einbildungen fand ich zu ihm in inniger Beziehung. So bildete sich allmählig in mir jene Gesichtsart, die ich ihnen vor einiger Zeit als diejenige meiner Sendung erzählt, ich spannte sie, ohne im entferntesten an ihre Verwertung zu denken, hundertmal in mir aus, in meinen Träumen machte ich anhängliche Male die Reise nach Palästina und nach dem Sinai, empfing die Berufungen und Verheißungen des heiligen Johannes und unfres Herrn Jesus selbst; eine alte Legende, die ich las, brachte mich auf die Erfindung des Klosters des Bermächtigen unseres Heilandes, in welchem ich bald heimischer war, wie in der Wohnung meiner Mutter. Ein ungeheurer Drang zum Lernen war noch das Beste, was auf diese Weise in mir erweckt wurde, ich konnte mir nicht genug tun, ich wollte alles wissen, alles begreifen, was die Menschen nur irgendwie zu lehren hatten. So lernte ich unter anderem auch verschiedene Sprachen, in denen ich später während meiner Reisen mit so großer Geläufigkeit erlangte, vor allem aber vertiefte ich mich in das Studium der Geheimwissenschaften, und mein Elfer konnte keine Grenzen. Natürlich brachte ich den vollsten Glauben an alles mit, was die Verfasser nur immer behaupteten, ich beschäftigte mich mit Alchimie, der Stellung von Horoskopen, mit der Enträtselung kabbalistischer Schriften und versuchte auf Grund der kabbalistischen Methode den verborgenen Sinn der Bibel und anderer heiligen Schriften zu ergünden. In den magischen Ueberlieferungen war ich ebenso zu Hause wie in den astrologischen, ich studierte die Runen und Grabblätter der alten Nordländer, las die Geschichte der Pyrenprozesse, sowie die Bücher von Albertus Magnus, Roger Bacon, Williamos, Trithem, Agrippa von Nettesheim, Helmont, Schwedenborg, Silling, Kerner, Davids und viele andere von der ältesten bis in die neueste Zeit."

(Fortsetzung folgt.)

blieb bei seinem ablehnenden Verhalten. Endlich sagte sie sich Mat und sprach ihn auf der Straße an, ob er denn die 25 Mark nicht erhalten habe. Man mehr stellte sich heraus, daß die Angeklagte das junge Mädchen in der plumpesten Weise beschwindelt und das Geld für sich behalten hatte. Zwischen den Liebenden kam es zu einer Aussprache und Wieder-Veröhnung. Gegen die bezugsfähige Wahrsagerin wurde das jetzige Strafverfahren anhängig gemacht. Der Vertreter der Anklagebehörde beantragte mit Rücksicht darauf, daß das Verbrechen derartiger gewissloser Wahrsagerinnen einen ziemlichen Grad von Gemeingefährlichkeit erreicht habe, eine Gefängnisstrafe von fünf Tagen. Das Schöffengericht nahm von einer Freiheitsstrafe Abstand und erkannte auf nur 40 Mark Geldstrafe. Die Mitschuld der preussisch-reaktionären Erziehung und die Aufnahme solcher Schwindelannonzen in Zeitungen an der Ausplünderung der Verliebten, mag zu diesem milden Strafmaß beigetragen haben. Verurteilt wurde das als Straf-milderungsgrund die bisherige Unberührtheit der Angeklagten von staatsanwaltlichen Angriffen.

Ein fünfjähriger Brand in dem Kohlenlager von Eduard Böcker Sohn in Barth i. P. hat am Mittwoch seine höchste Ausdehnung erreicht gehabt. Militärische Hilfe ist von Rostock und Stralsund erbeten worden. Mehrere Arbeiter mußten wegen Rauchvergiftung in die Greifswalder Klinik gebracht werden. Die Ursache des Brandes ist Selbst-entzündung. Der ungefähr, aber durch Verflüchtung gedeckter Schaden beträgt 140 000 Mk. Das Feuer dauert noch an, die ganze Stadt ist verqualmt.

Ein Soldatenschinder. Der Unteroffizier Hoescher von der 4. Kompanie des Hannov. Infanterie-Regiments Nr. 74 stand am Dienstag vor dem Kriegsgericht der 19. Division in Hannover unter der Anklage der vorchriftswidrigen Behandlung und Mißhandlung Untergebener in 30 Fällen. Er hatte sich dieser Vergehen schuldig gemacht, indem er die seiner Korporalchaft zugewiesenen Rekruten nach dem Dienst noch mit allerlei Übungen usw. Abends in der Stube quälte, sie dabei schlug und stieß und in sonstiger Weise vorchriftswidrig behandelte. Der Angeklagte wurde der Mißhandlung Untergebener in 6 Fällen und außerdem der vorchriftswidrigen Behandlung von Untergebenen in 19 Fällen für schuldig befunden und dafür zu einer Strafe von drei Wochen Mittelarrest verurteilt.

Der Stellvertreter der militärischen Kontroll-versammlung. Trotz der vielen Paragraphen, die sich im Militär-Strafgesetzbuch befinden, entdeckte man am 24. Juli im Kriegsgericht der 8. Division zu Halle eine Lücke von weittragender Bedeutung. Der Reserveoffizier Albert Romische von Unterwiesbeck, der vom Oktober 1902 bis Oktober 1904 gebient hat, war wegen Erstattung einer unrichtigen Meldung angeklagt. Sein Freund, der Regiealarbeiter Gustav Lubbe hatte ihn gebeten, gelegentlich einer Kontrollversammlung am 13. November v. J. einmal für ihn einzubringen, da Lubbe zur Zeit eine Bergnützungsbreise nach Chemnitz unternommen hatte. Romische rüßte sich mit Lubbes Paß und Kriegsbewehrung aus, ging zur Kontrollversammlung und rief „hier“, als vom Hauptmann der Name Lubbe aufgerufen wurde. Später entdeckte man die Tat, die von Romische vor Gericht auch ohne weiteres eingeräumt wurde. Er will 3. damit nur einen Freundschaftsdienst erwiesen haben. Der Ankläger beantragte 14 Tage Mittelarrest. Das Gericht kam aber auf Antrag von Ab. Verteidiger zur Freisprechung, da im Militär-Strafgesetzbuch keine Bestimmung vorhanden sei, nach der eine Bestrafung erfolgen könne. Das Reichs-Militärgericht stehe auf dem Standpunkt, daß nur derjenige wegen Erstattung einer unrichtigen Meldung bestraft werden könne,

der dienstlich dazu herangezogen sei. Es sei nicht R., sondern B. dazu herangezogen.

Arbeiterrevolte. Aus Elberfeld wird berichtet: Nachdem bereits zwei Fabrikarbeiter in der Anilin-fabrik der Firma Bayer u. Co. an Vergiftungs-erscheinungen verstorben sind, ist nunmehr ein dritter Arbeiter denselben Erscheinungen erlegen. Der letzte war ein Arbeiterkollege der beiden zuerst Verstorbenen. Ein vierter Arbeiter liegt im Krankenhaus, auch sein Tod ist jedem Augenblick zu erwarten.

Der große Militärprozess, der vor dem Gericht der 16. Division in Trier dieser Tage seinen Anfang genommen, wird, wie im Lande der Reichshäube vorauszu-sehen war, unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt. Der Ausschluß erfolgte auf Antrag des Vertreters der Anklage wegen „Erfahrung militärischer Interessen“ vor Verlesung des Öffnungsbeschlusses. Unter Anklage stehen folgende Personen, die früher dem Infanterieregiment 29 in Trier angehört haben: Major Meher vom 25. Infanterieregiment in Kattatt, Pionierhauptmann Jouin von der Fortifikation in Mainz, fünf Land-wehrfeldwebel und der ehemalige Sergeant, jetzige Buchhändler Bienefeld, der die ganze Affäre ins Rollen gebracht hat. Da 320 Zeugen geladen sind, findet die Verhandlung im großen Schwurgerichtssaal statt. Sie wird voraussichtlich 8 Tage in Anspruch nehmen.

Szenen aus der russischen Revolution schildert Gabriel Berixand in der „Petite République“. Typisch ist die Schilderung einer militärischen Reiterei: „Um sechs Uhr morgens versammeln sich die Artilleriegarden in Tiflis, die in großen Gebäuden kaserniert sind, im mittleren Hof vor dem Pavillon der Offiziere und beschließen, sofort zu fliehen. Ein durch den Lärm aus dem Schlaf geweckter Leutnant legt rasch seine Uniform an und will wissen, was der Standal zu bedeuten hat. An der Schwelle des Pavillons halten ihn die Soldaten zurück: „Sie dürfen nicht weiter, Leutnant!“ — „Seid Ihr verrückt?! Erkennt Ihr mich nicht?“ — „Ja, Sie sind unser Leutnant!“ — „Dann benehmt Euch, wie es sich ziemt!“ — „Leutnant, wir schulden Ihnen Respekt und Gehorsam, weil Sie unser Vorgesetzter waren, aber seit heute früh freiten wir, und wir haben keinen Vorgesetzten mehr.“ — „Ihr proklamieret also die Empörung?“ — „Ja, Leutnant, aber keine politische Revolte. Mehr können wir darüber nicht sagen.“ — „Laßt mich heraus.“ — „Nun, Leutnant.“ — „Schön, ich habe also keine Autorität mehr bei Euch, aber ich bin ein Bürger, der von anderen Bürgern die Freiheit verlangt, sich zu seiner Mutter begeben zu dürfen.“ — „Als Bürger können Sie gehen, wohin Sie wollen. Aber wir werden Sie zu bestrafen wissen, wenn Sie uns verraten.“ — „Und die anderen Offiziere?“ — „Die anderen Offiziere sind hier gefangene.“ — „Und wenn sie als Bürger wie ich das Recht verlangen, in Tiflis frei umherzugehen?“ — „Kameraden müßten dann für sie bürgen, wie wir für Sie bürgen.“ In diesem Augenblick erscheint ein Dersk, das Gesicht dunkelrot vor Zorn, die Uniform aufgelappt. „Die Soldaten umringen ihn: „Nicht weiter, Oberst!“ — „Was! Eine Revolte! Man schiesse auf die Kerle! Ja Reiche und Glibed, aber ich kommandiere Feuer auf die Reiterer!“ Keiner rührt sich, aber die Soldaten nehmen eine drohende Haltung ein. „Herr Oberst, ich bitte Sie“ mischt sich der Leutnant ein, „beruhigen Sie sich. Bedenken Sie, daß Sie für alles verantwortlich sind. Es ist gegenwärtig hier kein Mann, der Ihren Befehlen gehorchen würde. Und wenn geschossen wird, werden wir das Ziel sein. Man muß mit den Soldaten ruhig sprechen, man muß unterhandeln.“ Der Zorn des Obersten legt sich bald. Drei oder vier Offiziere kommen dazu. Man beschließt rasch, daß der Leutnant sich mit einer Abordnung des Regiments in Verbindung setzen soll.

„Also, Bürger“, sagt der Leutnant zu etwa hundert Soldaten, die sich um ihn scharen, „worüber habt Ihr zu klagen? Warum diese Revolte?“ — „Die politische Revolte ist noch nicht beschlossen, Leutnant. Wir wollen nur unsern Dienst nicht weiter tun. Wir streiken.“ — „Gut, aber warum denn eigentlich?“ Ein Soldat tritt vor und spricht: „Leutnant, wir haben Recht auf Diden. Der Zar hat sie bezahlt. Sie sind gefesselt worden, aber Oberst K hat sie vor drei Wochen verkauft. Wir kennen den Kaiser und wissen, was er bezahlt hat. Wir haben Recht auf Kohle, und man gibt uns zum Heizen nur schlechten Kohlenstaub. Unsere Kohle ist von dem Major K verkauft worden. Wir haben Recht auf Butter. Er ist von dem General K unterschlagen worden. Wir können für alles beweisen bringen. Früher ließ man alles hingehen. Jetzt fordern wir die Gerechtigkeit ebenso wie die Bürger.“ — „Gut! Gut! Und wenn man Euch Eure Diden, Eure Kohle, Euren Butter gibt, hört Ihr dann sofort auf zu streiken?“ — „Wir hören dann zu streiken auf, wenn man uns aber wieder befehligt, fangen wir den politischen Streik an.“ — „Was ist denn das: politische Streik?“ — „Das ist der Streik durch die Revolution!“

Ein Ministerpräsident im Gefängnis. Aus Belgrad wird geschrieben: „Der in Belgrad zu siebenmonatiger Gefängnisstrafe inhaftierte einjährige serbische Ministerpräsident Dr. Staban Georgewitsch hat sich entschieden geweigert, ein Begnadigungsgesuch für den Rest seiner Haft, die noch 3 Monate dauert, zu unterfertigen, obwohl ihm dieser Schritt nahegelegt wurde. Dr. Georgewitsch, der bekanntlich wegen seiner öffentlichen Erklärung über das Ende der Dynastie Obrenowitsch verurteilt wurde, betrachtet den Schuldspruch der serbischen Gerichte als einen großen Justizirrtum und weigert sich, die Gnade König Peters anzusprechen. Der frühere Ministerpräsident, wohl einer der besten Kenner der traurigen, modernen Geschichte Serbiens, äußerte sich einem Besucher gegenüber, der vor kurzem den Häfling in der Belgrader Präsektur besuchte, sehr bitter über die Kleinlichkeit, eiserne Qualereien, die an ihm während der Abbüßung der Strafe verübt werden, so bellagert vornehmlich die systematische Entziehung des Wassers zu Realität und hygienischen Zwecken, was bei der in Belgrad herrschenden Hitze geradezu zur Qual wird. König Peter täte wahrlich klug daran, einen Mann, der so tief in die höchsten und politischen Verhältnisse des Landes blickte, human behandeln zu lassen. Dr. Georgewitsch wird nach seiner Freilassung ein neues Werk über Serbien seit dem Königsmord erscheinen lassen.“

Literarisches.
Kommunale Praxis. Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindegewalt. Herausgeber: Dr. Albert Südekum; Verlag: Paul Singer, Berlin. Soeben ist die Nr. 30 dieser Zeitschrift erschienen. In dem Beitrag „Kommunale Brotbereitung“ wagt Gisela Michels auf diese von italienischen Stadtverwaltungen in Angriff genommene Aufgabe des Gemeindefortschritts hin. Der Artikel „Klassenpolitik und Arbeiterrechte“ von Otto Uhlig behandelt die den Arbeiterbestrebungen feindliche Haltung der Dreßener Kommunalverwaltung. Die Leipziger Wahlrechtsverflechtung ist in der Rubrik „Gemeindegewalt“ unter die Lupe genommen; Betrachtungen über die Fürsorge Anstalt für Langenkrante der Stadt Mainz finden sich unter „Gesundheitswesen“. Besonders reichhaltig ist in der vorliegenden Nummer die Abteilung „Kommunal- und Sozialpolitik“. — Die „Kommunale Praxis“ kostet vierteljährlich 2 50 Mk.; man abonniert bei allen Postanstalten, Zeitungs-Redaktionen und Buchhandlungen; Probeexemplare versendet der Verlag gratis und franko.

Total-Ausverkauf

wegen Verkauf des Hauses.

Mein gesamtes Lager in
**Manufakturwaren, Betten, Bettfedern, Daunenn
und Aussteuer-Artikeln**
verkaufe ich zu
enorm billigen Preisen
um das Lager noch vor dem Umzug zu räumen.
Trotz der billigen Preise gebe ich rote Rabattmarken.

Nur 3 Tage

Sonnabend, Sonntag und Montag
auf sämtliche
Herren-Anzüge
trotz der Ausverkaufspreise
20 Prozent Extra-Rabatt
netto.

Wilh. Bartelt

Breitestrasse 39.

Buch- und Papierhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Bedeutend unter Preis teils für die Hälfte

stellen wir einen großen Posten

Arbeits-Garderoben

zum Verkauf.

Englisch Leder-Hosen, einfarbig und gestreift	1.80 Mk. an.
Manchester- und Pilot-Hosen	jetzt 2.40 Mk. an.
Schnitt- und gewöhnliche Fassons	an.
Zwirn- und Wasch-Hosen	jetzt 1.60 Mk. an.
Arbeits-Kajen und Blusen	von 70 Pfg. an.
Grosser Posten Normal-Hemden u. Hosen	80 Pfg. an.
Karrierte Oxford-Hemden	1.25 Mk.
Ein grosser Posten Herren-Jackett-Anzüge	10.50, 14.—, 17.— Mk.

Adolf Renzow & Co.

Mühlentstr. 5
beim Klingenberg.

Allerfeinste holsteinische Meiereibutter auf Eis.
Feinste Hofbutter Pfund 115 u. 110 Pfg.
Ia. holstein. Landschinken, im Ausschnitt Pfd. 200 Pfg.
Landspeck. Schinkenspeck. Landeier.
Pa. holstein. Mettwurst u. Cervelatwurst.
11 Eier 60 Pfg.
Alten pikanten Holländischen, echten Schweizer.
Alten pikanten Tilsiter Käse.
Auf alle Waren rote Rabattmarken.

Hans Wegener, Obere Bahmstraße 10.

Fernsprecher 1630.

Gewerkschafts-Fest

im
Etablissement „Tiergarten“
am Sonntag den 5. August 1906.

Sammelplatz des Festzuges: Falkenplatz.

Pünktlich 2 Uhr: Abmarsch der Gewerkschaften und Vereine mit Fahnen und Bannern unter Begleitung von 7 Musikkapellen.

Der Zug geht über die Hüntertor-Allee, Moltkestrasse, Kaiser-Wilhelmstrasse, Gneisenau-, Kottwitz- und Heinrichstrasse.

Nach Ankunft im Tiergarten: FESTREDE.

Redner: Reichstags-Abgeordneter **Th. Schwartz.**

KONZERT. □ Tanz im Freien. □ KONZERT.

Vorführungen des Arbeiter-Turn-Vereins und des Arbeiter-Radfahrer-Vereins.

Rückmarsch: Abends 9 Uhr unter Musikbegleitung bis zur oberen Roeckstrasse; dort Auflösung des Zuges.

Eintrittskarten à 30 Pfg. (wofür eine Laterne und zwei Lichte verabfolgt werden)

sind zu haben bei: C. Schröder, Lederstrasse; Wittfoot, Hünxstrasse; Grünwaldt, Böttcherstrasse; Wilh. Körner, Kupferschmiedestrasse; im „Tiergarten“; im „Vereinshaus“, Johannisstrasse 50, und in der Expedition des „Lübecker Volksbote“, Johannisstrasse.

Das Fest-Komitee.

Jack's Musik-Instrumente sind überall beliebt.

Nur Königstrasse No. 96.

Reste- und Räumungs- **Ausverkauf**

zu enorm herabgesetzten billigen Preisen.

Besonders empfehlenswert zum Einkauf für Braut-Ausstattungen, Hotel-Einrichtungen.

Einige 1000 Reste und Roben

in Wolle, Seide und Wäschstoffen, Blaudruck, Leinen, Hemdentüchern, Gardinen, sowie alle Reste von Buckskin, Schürzenstoffen, Kittunen, Bettzeugen, Parchem und Planelen kommen zu wirklich herabgesetzten billigen Preisen zum Verkauf.

Ein großer Posten, ca. 100 Dutzend

Normal-Hemden 85 Pfg.

jezt 2.90, 2.40, 1.90, 1.75, 1.35, 1.10 Mk., 98,

Gelegenheitskauf!
Tischlächer 68 Pfg.
 bessere und größere als
 Partie Topfen 1 Mk.
 Prima extra groß 1.35 Mk.

Ca. 600 Betttücher
 ohne Naht, vollständig 1.25
 groß jezt 1.00
 bessere u. größere so lange
 der Vorrat reicht 1.00
 extra schwer und groß 2.75

Taschentücher
 gefärbt, weiß Simon 58 Pfg.

Damenhemd
 Hemdentuch mit Spitze 78 Pfg.

Berda, schlaf, prima Hemdentuch
 mit Spitze 0.98, 1.25 1.00

Damenhemd
 Achtschlaf mit handgef. 1.48
 Maße 1.95, 1.75, 1.00

Bettbezüge
 1 großer
 Foppen
 bunt und weiß, jezt 2.25
 3.90, 3.50, 2.75

Kissenbezüge
 jezt von 58 Pfg.
 bessere 68, 78, 98 Pfg.

Handtücher
 Gerstenform mit bunter
 Kante, jezt 28 Pfg.

1 Partie Damenhosen
 mit Spitze 1.25, 1.10 95 Pfg.
 mit Stückeri und prima
 Hemdentuch 1.65, 1.00

**Großer Posten
 echte
 Schweizer Stickereien**
 in Reihen von 2-4 Meter
 Rest 26, 35, 50, 60, 90
 Pfg. bis 2.50 Mk.

Markmann & Meyer

Breitestr. 44.

LÜBECK.

Markthallen-Passage.

Achtung!

Zentral-Verband aller in der
 Schmiederei beschäft. Personen.

Versammlung
 am Sonnabend den 28. d. M.
 abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 2. Quartal 1906.
2. Kartellbericht
3. Fragekasten und Verschiedenes.

Der Vorstand.

Verband d. Bäcker.

Mitgliedschaft Lübeck.

**Mitglieder-
 Versammlung**

am Sonntag den 29. Juli
 nachmittags 3 Uhr
 im Vereinshaus, Johannisstr. 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Eingänge.
2. Wahl eines Delegierten zur
 Gaukonferenz.
3. Ergänzungswahl des Vorstandes.
4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Arbeiter-Radfahr.-Verein Lübeck.
 Gegründet 1894.

Abfahrt zur Bannerweihe

in Radenburg
 am Sonntag den 29. Juli d. Js.
 präzis 1 Uhr mittags vom Vereinshaus.
 Der Vorstand.

Variété Universum
 Täglich Vorstellung.

NB. Mache das Lübecker Publikum ganz besonders
 aufmerksam

auf dieses Programm
 das nur noch bis zum 1. n. M. hier ist.

b. Puls.